

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
 je Zeile 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingekauft in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäfts-Taglich außer Montags.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 31. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Galliffet's Rücktritt.

Die stürmischen Szenen, die sich in der französischen Kammer am Montag abspielten, haben zum Rücktritt des Kriegsministers Galliffet geführt. Galliffet hat in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch an den Ministerpräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dem Präsidenten der Republik meine Demission unterbreiten zu wollen. Ich bin sehr leidend und meine durch meine jüngste Krankheit erschütterte Gesundheit gestattet es mir nicht, allen Aufregungen des Augenblicks Widerstand zu leisten. gez. Galliffet.“

Es ist anzunehmen, daß nicht nur Gesundheitsrücksichten zur Demission des französischen Kriegsministers geführt haben, sondern auch gewisse Gegensätze, die sich in der Montagsdebatte zwischen Galliffet und dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau herausstellten. Die nationalistisch-reaktionäre Presse hat jedoch, wie es scheint, zu früh triumphiert, wenn sie glaubte, infolge des Rücktritts des in der Armee angesehenen Galliffet das verhasste Ministerium der republikanischen Verteidigung auseinandergeprengt zu sehen. Es ist Waldeck-Rousseau gelungen, sofort einen Nachfolger für den Posten des Kriegsministers zu finden. General André, Kommandeur der zehnten in Paris garnisonierenden Division, hat das Kriegsportefeuille übernommen. General André gilt als treuer Republikaner und ist vor einiger Zeit den Nationalisten unliebsam bekannt geworden, als er ihre Schmähblätter aus den Kasernen der ihm unterstellten Truppenteile entfernte.

Dennoch wird der Rücktritt Galliffet's die bisher stets erfolglosen Unternehmungen der Nationalisten, das Ministerium zu werfen, neu ermutigen. Die Situation bleibt überaus gespannt und jeder Tag kann neue Wirren über Frankreich hereinbrechen sehen.

Unser französischer Korrespondent schildert die Bedeutung der Vorgänge, die zum Abgang Galliffet's führten, in einem Brief vom 29. d. M. folgendermaßen:

„Hat auch die Schlacht mit einem Sieg des Ministeriums geendet, so war ihr Verlauf desto beschämender für die französische Volksvertretung. Ich denke dabei nicht so sehr an die wüsten Ausfälle, an die berechnete Majerei der reaktionären Parteien — das ist in der Kammer namentlich seit dem Beginn der Dreyfuskrise zu einer gewöhnlichen Erscheinung geworden, — sondern an den Umstand, daß die Opposition es überhaupt wagen durfte, die ebenso rebellische wie schamlose That des Hauptmanns Frisch zu einer Ministersturz-Aktion auszubilden, daß die Schuldigen sich als Ankläger geberden durften, während die Opfer der generalstablerischen Ränke leimlaut die Rolle von Angeklagten sich gefallen lassen mußten.“

Der schüchternste Versuch Waldeck-Rousseau's, die Handlung des Frisch mit dem wahren Namen „Felonie“ zu bezeichnen, wurde durch die Mundtotmachung des Ministerpräsidenten gehindert. So daß selbst seine Verteidigungsrede ihm im Halse stecken blieb und er nach der einstündigen Unterbrechung der Sitzung sich entschuldigen mußte unter den üblichen Lobeswendungen für die „loyale Armee! . . . Für dieselbe „Armee“, in deren Reihen die Frische als Soldaten gefeiert werden und über deren Geist selbst General Galliffet in der letzten Senatssitzung unzufriedene Worte äußerte! . . . Hingegen durften die nationalistischen Redner ungehindert die „patriotische That“ des Frisch verherrlichen.“

Es bleibt also dabei: die Offiziers-Uniform heiligt alles, und jeder Frisch darf darauf rechnen, durch eine „Felonie“ gegen die Zivilgewalt sich die patriotische Lorbeerkrone zu erwerben und das von ihm verratene Ministerium in Gefahr zu bringen.“

Im Regierungslager lautet die Parole des Tages: „Fort mit der Dreyfus-Affaire!“ Die Nationalisten, die dieselbe Parole im Interesse des Vaterlands laut verkünden, suchen in Wirklichkeit die Notwendigkeit dieser Parole ins Unendliche zu verlängern, um gegen die „dreyfusistische“ Regierung immer von neuem auf dem Boden der Dreyfus-Affaire Sturm laufen zu können. In dem Augenblick, wo die letzten Klammern der Affaire erschöpfen würden, hörte ja die verhasste Regierung auf, „dreyfusistisch“ zu sein. Daher werden von den Vaterlandsrhetoren jene Klammern künstlich immer wieder mit neuen Wachschaften und Häuten genährt. Daß aber die Nationalisten dieses plumpe heuchlerische Spiel treiben dürfen, während das „Dreyfus-Kabinet“ nichts so aufrichtig wünscht und wünschen muß als die Dreyfus-Affaire endgiltig los zu werden, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß auch das gegenwärtige Ministerium nichts oder sehr wenig an dem Kräfteverhältnis der in der Dreyfus-Affaire aufeinandergeplagten Faktoren geändert hat, daß die jetzige Parteigruppierung im Parlament bloß ein politischer Kobehelf gegen die organischen Uebel ist, an denen die Republik krankt.“

Leon Bourgeois, der in erster Stunde der bedrängten und mundtot gemachten Regierung zu Hilfe eilte, wußte und konnte nichts wirksameres vordringen, als die Beschuldigung gegen die Nationalisten, die Dreyfus-Affaire wieder entfachen zu wollen, und ferner die Beteuerung, daß die republikanischen Parteien das meiste für die Armee getan haben. Dementsprechend war auch die von ihm nebst Pelleletan, dem Führer der Linksradikalen und Jsaanbert,

dem Fraktionsvorsitzenden des rechten Flügelchens der Regierungsmehrheit, eingebrachte reifende Resolution abgefaßt. Neben der „Billigung der Regierungshandlungen“, das heißt der schonenden Maßregelung des Hauptmanns Frisch, spricht die Resolution das Vertrauen der Kammer aus zur „Hingabe der Armee an das Vaterland und die Republik“. Eine wenig abgeschwächte Wiederholung der berüchtigten „Huldigungs“-resolutionen der Kammer an die Armee aus den Zeiten der Dreyfuskrise. . . .

Nur um diesen Preis konnte das Ministerium seine Mehrheit von 50 Stimmen zusammenhalten.

Uebrigens mag vielleicht auch Meline den Regierungssieg erleichtert haben, indem er mit unbedeutender Hartnäckigkeit am Schluß der Sitzung die Debatte auf den Boden der — socialistischen Gefahr hinüberzerrte. Meline, der Nährvater der nationalistischen Demagogie, der sich zum „Verteidiger der Republik“ gegen den Socialismus anbietet, ist der wirksamste Redner für die Regierung in den Augen aller aufrichtigen Republikaner.

Von den Socialisten haben neun Abgeordnete (Vailant, Jévaress und Genossen) sich der Abstimmung enthalten im Votum über die „Billigung der Regierungshandlungen“, alle anderen stimmten für die Regierung. Zu der Abstimmung über die „Hingabe der Armee“ enthielten sich 26 Socialisten, während die andern mit den 50 Abgeordneten aller Parteien dafür stimmten. Kein einziger Abgeordneter votierte gegen eine Formel, die der „Armee“ eine privilegierte Sonderstellung einräumt.

Man muß jedoch in der gegebenen Situation bescheiden sein: es ist fast eine Heldenthat, daß die Kammer wegen des Frisch, der ja die „Armee-Ehre“ verkörpert, wie jeder andre gegen die Zivilgewalt rebellierende Militär, nicht das Ministerium gestürzt hat. Und zwar eine desto größere Heldenthat, als General Galliffet durch seine plötzliche Entfernung aus dem Sitzungssaal das Gericht veranlaßte, er wolle aus Protest gegen den vom Ministerpräsidenten gebrauchten Ausdruck „Felonie“ seine Demission einreichen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai.

Die Verkürzung der Wahlagitiation.

Das Gerücht, daß dem Reichstag gnädiglich Diäten gewährt werden sollen gegen eine reaktionäre Verstimmlung der Wahlvorbereitung, findet einige Bestätigung durch Aeußerungen des Schweinburg-Organ's. Es lohne sich, meinen die „Berliner Politischen Nachrichten“, „angesichts der großen Bedeutung, welche eine Verminderung der Dauer und Schärfe der Wahlagitiation für unser ganzes Volksleben haben würde, schon der Mühe, in eine ernste Prüfung der Frage einzutreten.“

Die „National-Zeitung“, die ihre allem Liberalismus verhöhnende Begeisterung für eine Beschränkung der Wahlagitiation von neuem ausströmen läßt, sieht sich also in ehrenvoller Gedankengemeinschaft mit dem Blatte der Centralverbänder und notorischen Feinde des Reichstags-Wahlrechts. Die Bedeutung des rüchischen Plans wird vielleicht auch der „National-Zeitung“ offenbar werden, wenn sie die weitere Begründung der „Berliner Politischen Nachrichten“ beachtet. Diese führen aus:

„Die Regierung ist auch jetzt in der Lage, den Wahltermin so früh festzusetzen, als die Vornahme der Wahlen technisch möglich ist. Innerhalb 14 Tagen läßt sich bei kurzer Demission der Frist schließlich die Auslegung und Feststellung der Wählerlisten sowie die Vornahme der Wahlen ermöglichen. Aber diese Frist reicht nicht entfernt aus, um daneben auch noch die Wählerlisten neu aufzustellen. Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen neu aufgestellte Wählerlisten aber nur während des ersten Jahres nach Aufstellung der Wahl zu Grunde gelegt werden. In den weiteren vier Jahren der Wahlperiode muß also sowohl bei allgemeinen Neuwahlen wie bei den häufig vorkommenden Ersatzwahlen nach den bestehenden Vorschriften eine Neuaufstellung der Wählerlisten erfolgen. Hier ist der Punkt, an dem eingespart werden muß, wenn, was zur Vermeidung einer allzu langen und heftigen Agitation im höchsten Grade erwünscht wäre, die Zeit zwischen der Auslösung und der Vornahme der Reichstagswahlen auf vierzehn Tage verkürzt werden soll. Um eine entsprechende Verkürzung des Reichstagswahlgesetzes würde es sich daher gegebenen Falls handeln, nicht um eine Veränderung der Reichsverfassung. Ohne Zweifel stehen einer entsprechenden Verkürzung dieses Gesetzes erhebliche praktische Schwierigkeiten entgegen. Sie sind aber, wie das Beispiel anderer Länder zeigt, nicht absolut unabwendlich.“

Die Reaktion will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nicht nur eine gründliche Vorbereitung der Wahlen soll vereitelt werden, sondern noch eine weitere fundamentale Vorbedingung des allgemeinen Wahlrechts soll man zerstören. Jetzt hat jeder Wähler nach Auslösung der Wahl die Möglichkeit, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen, auch wenn er im Verlauf der Legislaturperiode seinen Aufenthalt gewechselt hat. Der Vorschlag der „N. Z.“ raubt diese Möglichkeit. Gerade die fluktuierende Arbeiterschaft würde davon schwer getroffen. Das Wahlrecht selbst würde durch diesen hinterlistigen Trick vielen Tausenden von Wählern entzogen werden.

Allerdings muß eine Verkürzung der Wahlagitationsperiode nicht notwendig die angedeuteten Folgen haben. Es

ließen sich Vorkehrungen treffen, daß die Wählerlisten einigermaßen vollständig bleiben. Jedenfalls beweisen die Auslassungen des Schweinburgblatts, wie gefährlich es ist, wenn der Reichstag sich mit der Regierung in ein Handelsgeschäft einlassen wollte, um Diäten zu verlangen. Das ist eine Angelegenheit, in der keine Partei, der das Reichstags-Wahlrecht wertvoll ist, der Reaktion die Spitze eines Fingers reichen darf, wenn sie nicht bei der ganzen Hand erfaßt werden will. —

Der drohende Zollkrieg mit Amerika.

Von dem in Repräsentantenhaus eingebrachten Antrag Bailey, der verlangt, daß der Präsident als Antwort auf das in Kraft getretene Fleischbeschau-Gesetz eine Proklamation erlassen solle, die für alle in Deutschland erzeugten oder fabrizierten Waren, die zum Verbrauch über Häfen der Vereinigten Staaten eingeführt werden, eine Zollserhöhung von 10 Proz. festsetzt, haben wir unsern Lesern gestern bereits Kenntnis gegeben.

Es wäre nun ganz töricht, wenn es nicht zu empörend wäre, mit welcher dreifacher Unschuldlosigkeit die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ diese Androhung von Zollrepräsentanten aufnimmt. Das Blatt schreibt:

„Das sich Herr Bailey eigentlich gedacht hat, wird aus dieser Mitteilung nicht ganz klar. Wir wissen von keinem deutschen Gesetze, das Prohibitivzölle auf amerikanische Fleischprodukte legen will. Wenn der genannte Herr an unsern Zolltarif und das neue Zolltarifgesetz gedacht hat, so hätte er mit seinem wunderbaren Antrag noch warten können. Sollte er aber an das Fleischbeschau-Gesetz gedacht haben, so würde er mit der von ihm eingebrachten Bill beweisen, daß er von der deutschen Gesetzgebung keine Ahnung hat. Wir brauchen unsern Lesern nicht andeuernderzusehen, daß darin von Zöllen absolut nicht die Rede ist. Das ganze Vorgehen beweist aber, wie man in den Vereinigten Staaten entschlossen ist, den Zollkrieg vom Zaun zu brechen. Die gesamte deutsche Presse wußte in der Beurteilung dieses Vorgehens einig sein.“

Diese Dreifigkeit erreicht ihren Gipfelpunkt in der Aufforderung an die Regierung, ja keine Rücksicht gegenüber „unsern Vätern jenseits des Ozeans“ zu beweisen, sondern ihnen „ohne jede Rücksicht die Zähne“ zu zeigen.

Was kümmern auch unsere harmlosen Junker die Folgen eines Zollkriegs mit Amerika. Die Industrie und das Proletariat mögen ja die Sache ausbaden. Mag der Arbeiter, dessen Fleischkonsum man ohnehin gekürzt hat, sich an die billigere und gesündere vegetarische Kost gewöhnen!

Der arbeitslose industrielle Arbeiter kann sich ja als freudig bewillkommener Landproletarier an Kartoffeln nütten! —

Konig.

Seitdem im März d. J. in Konig der Gymnastik Winter ermordet und gestiftet worden ist, ohne daß es gelang, den Schuldigen zu entdecken, benützt eine gewisse Presse den Fall, um ihre parteipolitischen oder finanziell-spekulativen Geschäfte zu treiben. Es fällt uns nicht ein, Vermutungen über die Motive und die Urheber der That zu äußern. Noch weniger diskutieren wir mit den traurigen Gesellen, die in bewußter Bosheit oder in eynstimmiger Beschränktheit die Mär vom Mithalmod mit wohnsam verzückten Geberden verkünden. Eine andre Erscheinung aber verdient mit ein paar Worten erörtert zu werden. Es ist die Art, wie namentlich antisemitische Blätter und die parteilose Sensationspresse ein eignes Untersuchungsgericht eingerichtet und mit der größten Strampellosigkeit Tag für Tag Personen des Wortes beschuldigen.

Dies Verfahren ist nicht einmal originelles Erzeugnis. Es ist vielmehr eine elende Nachstämperung der Praktiken der niedrigsten Skandalpresse Wiens, die z. B. im Fall des Polnaker Mordes ihre eigenen privaten Untersuchungsrichter und Staatsanwälte aussieht und dieses mit Lügen, Verleumdungen und Verleumdungen aller Art operierende Nebengericht im Stil der Hexenprozesse Ermittlungen, Verhöre, Gutachten, Urteile fabrizieren lieh.

Wenn die gleiche gewissenlose Methode äßt man jetzt — unter Vorantritt der dringend einer Mehrzahl ihres Abonnementenstandes bedürftigen „Staatsbürger-Zeitung“ — bei uns nach. Es ist ersichtlich, mit welcher Ungeniertheit man irgend welche Personen, ohne die Spur eines Beweises, des schwersten Verbrechens, das es gibt, verdächtigt. Die Halluzinationen von Schwachsinigen und das Gefasel von Schwindlern wird mit größtem Ernst und breitetster Unschicklichkeit von den Zeitungsdirektoren auf Grund „eidesstattlicher Versicherung“ aufgenommen und als lauterste Wahrheit den armen Lesern vorgelegt, die sich bei der Lektüre dieser läppisch-wirren Annemermärchen und tollen Grenzgeschichten wie in einem Irenenhaus vorfinden müssen. Kein Kolportage-Roman nach dem Muster des Scharfichters von Berlin stopft so wildes Zeug zusammen wie diese täglichen Koniger Specialberichte, die ja zudem nicht mit Romanen gefaltet, sondern mit lebenden Personen wirtschaften.

Heute wird irgend ein Meher, morgen ein Leiny, als ob das gar nichts wäre, der fürchterlichen That nicht nur beschuldigt, sondern es wird auch hartkern bewiesen, daß sie die Schuldigen sind. Das reizt dann wieder besondere „Judenblätter“, ihrerseits auch i s i l i e Romanen auf die Tafel der Mörder zu setzen. So geht das elke Spiel endlos weiter.

Das Infamste und zugleich Dämnieste leistet auf diesem Gebiet die edle „Staatsbürger-Zeitung“. Es hätte kulturhistorischen Wert, wenn man einmal zusammenstellte, was dieses Abwärt-Organ in den letzten Monaten erst als lauterste Wahrheit lang und breit bewiesen hat, um es dann ein paar Tage später in wenigen versteckten Zeilen verlegen zu widerrufen. Wir erinnern nur an das A gezeichnete Tafelentuch der Frau des Kreis-Schulinspektors, von dem die „Staatsbürger-Zeitung“ auf Grund durchaus zuverlässiger kindlicher Zeugenschaft bewiesen hatte, daß es der

Tochter Alma des verhafteten Jeraelski gehörte — von all dem Bahnweg zu schweigen, den das Blatt täglich in den von ihren Eigentümern unternommenen Privatverhören zusammenkehrt.

Das Beispiel der „Staatsbürger-Zeitung“ hat auch bereits in unfern Zeitungsblättern Nachfolge gefunden. Es gehört bereits zu den Unbilden einer Zeitung, die etwas auf sich hält, eines Tages die Welt mit der frohen Kunde zu überraschen, irgend eine ahnungslose, mit Namen genannte Person habe diesen oder jenen Mord vollbracht. So enthielt neulich ein Berliner Sensationsblatt aus der Scherl-Fabrik nach den Angaben einer offenbar gestörten Frau, daß ein Spandauer Arbeiter der Urheber sämtlicher ungeführten Morde sei, die in den letzten Jahren in Berlin und Umgebung sich ereignet haben.

Wir sind nun die allerletzten, die irgend einer Beschränkung der Pressefreiheit das Wort reden wollen. Aber höchst auffällig ist es doch, mit welchem Gleichmut man es erträgt, daß ein unbescholtener Bürger als Mörder demagogiert wird, während sonst die Staatsanwaltschaft bei uns doch sofort einzuschreiten pflegt, wenn einer Ständesperrung in der Form eine unliebsame Wahrheit gesagt worden. Der falsche Vorwurf, einen Mord verübt zu haben, scheint demnach leichter zu wiegen als eine den Thatfachen entsprechende Kritik eines Schutzmannes, dem etwa Mißhandlungen vorgeworfen werden. Diese Impertinenz, die man sonst gegenüber der Presse hegt, ist in der koniglichen Angelegenheit völlig verschwunden. Jeder darf täglich eine beliebige Anzahl von Mordern namhaft machen. Es muß sich angehts einer so löblichen Toleranz der Behörden im Volk der Glauben festsetzen, daß es zwar ein allgemeines Menschenrecht sei, schuldlose Personen eines Mordes zu zeihen, daß es hingegen im Interesse des Staats nicht zu dulden sei, wenn man einen prägelunden Sendarmen seines Amtes unwürdig nennt. Und auch sonst zeigt man im koniglichen Fall eine Milde, die in den Annalen des preussischen Staats unerhört ist.

Wenn in Berlin ein Arbeiter an einer Straßenecke friedlich auf Streifposten steht, so ist das eine Ausschreitung, gegen die man vorgehen muß. Wenn aber in der koniglichen Gegend fortgesetzt Exzesse gegen ruhige Bürger verübt werden, die unter einem blöden Aberglauben leiden, so sucht man durch möglichste Unthätigkeit die Gemüter zu beschwichtigen, und kein Scheinreden und kein Thieren äußert sich gegen die Excedenten mit jener Schneidigkeit, die sie den ruhig und gefällig für ihre Ziele kämpfenden Angehörigen der Berliner Straßenbahn gegenüber für nötig befanden.

Wir halten, wie gesagt, die Duldsamkeit und Milde, von der die Konigler jetzt profitieren, für das richtige Verfahren der Behörden, ebenso wie wir die der Presse gewährte Freiheit bedingungslos billigen, aber man möge doch wenigstens die Lehre daraus ziehen, daß man ernste und gesetzliche Beschäftigungen der bürgerlichen Freiheit nicht zu dränglicheren braucht, wenn man sogar der Lüge, Verleumdung und Gewaltthätigkeit freien Lauf läßt.

Die Parteien in der belgischen Kammer.

Nach den nunmehr vorliegenden, wohl ziemlich endgültigen Ergebnissen wird die Kammer wie folgt zusammengesetzt sein: **Klerikale 85, Liberale 34, Sozialisten 32, Christliche Demokraten 1.** Die Majorität der Klerikalen wird demnach nur noch 18 Stimmen betragen. Sind nicht alle Mitglieder der klerikalen Partei zur Stelle und stimmen nicht alle geschlossen, so wird ihre Majorität eine sehr zweifelhafte sein. Wie wir aber schon erwähnt, beginnt die klerikale Partei immer mehr ihre feste Geschlossenheit zu verlieren. Trotzdem wird die Regierung sich zunächst ja noch am Acker erhalten. Ob sie sich aber auf die Dauer wird behaupten können, das wird zum großen Teil von dem Verhalten der Rechtsliberalen (Doktrinären) abhängen. Diese werden zwar voraussichtlich für die Schulreform, die Gewissensfreiheit und dergleichen Forderungen der Demokratie eintreten, dagegen sind sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik ebenso unsichere Kantoniisten, wie die Klerikalen.

Wie dem aber auch sei, die Linke wird, mit oder ohne die Unterstützung der Doktrinären, auch in der neuen Kammer den Kampf gegen die Regierung fortsetzen. Sie hat eine hohe Mission zu erfüllen: Belgien aus den Händen der Pfaffen zu befreien, der systematischen Volksverdummung, wie sie von den Klerikalen seit 1884 mit Erfolg betrieben worden, ein Ende zu machen. In diesem Kampf um die Schule werden die Sozialisten ebenso die Führung nehmen, wie sie es sind, welche die notwendigen Reformen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete mit aller Kraft herbeizuführen bestrebt sein werden. Eine fernere Aufgabe, und gewiß nicht die am wenigsten wichtige, welche die Sozialisten in der neuen Kammer zu erfüllen haben, das ist die Verbesserung eines andern Wahlgesetzes. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Proportionalwahl, ohne das Mehrstimmenrecht, muß die Lösung sein. Um die Majorität der gegenwärtigen Regierung endgültig zu brechen, ist diese weitere Demokratisierung des Wahlrechts notwendig, und die Liberalen, die sich immer noch mit der Hoffnung tragen, die Klerikalen wieder einmal in der Regierung abzulösen zu können, müssen sich wohl oder übel mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie das nur vermögen mit Hilfe der Sozialdemokraten. Nicht gegen, sondern mit ihnen könnten sie regieren. Um eine genügend große feste liberal-demokratisch-sozialistische Mehrheit zu erhalten, muß aber das plutokratische Mehrstimmenrecht beseitigt werden. Ob die Liberalen diese Situation richtig erfassen und ihre Politik dementsprechend einrichten werden, bleibt abzuwarten.

Was die Stärke der Parteien nach der Stimmenzahl anlangt, so marschieren die Klerikalen mit 992000 an der Spitze, dann folgen die Liberalen und Radikalen mit 476644, Sozialdemokraten: 461813, Christlich-Demokraten: 48045, Unabhängige: 9818, Klerikale Dissidenten: 10376, Sozialistische Dissidenten: 3572.

Wenn man in Betracht zieht, daß in Flandern die Sozialdemokraten in vielen Orten die Aufstellung eigener Kandidaten unterlassen haben, um dem Kandidaten der Opposition zum Sieg zu verhelfen, so dürfte feststehen, daß diese ungefähr dieselbe Stärke haben, wie die Liberalen. Die Rechtsliberalen und die Klerikalen sind es aber, die fast allein von dem Mehrstimmenrecht profitieren, denn die Proletarier haben in ihrer überwältigenden Mehrheit doch nur je eine Stimme abzugeben. Vergleicht man die Stimmenzahl mit der von 1894, wo zum letzten Mal allgemeine Wahlen vorgenommen wurden, währenddem sonst immer nur die Hälfte der Deputierten ausscheidet, so ergibt sich, daß die Sozialdemokraten seit jenem Jahre um 140000 Stimmen zugenommen haben.

An Mandaten haben die Sozialdemokraten, die bisher in der Zahl von 28 vertreten waren, neu gewonnen 12, dagegen verloren 8, so daß die Zunahme 4 Sitze beträgt.

Deutsches Reich.

Attentatsgerichte.

Das gewissenhafte Wölkische Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldungen, die wir in der Reihenfolge veröffentlichen, wie sie uns zeitlich von dem genannten Bureau zugegangen sind:

I.

Das Gerücht, daß unter den Linden auf den Kaiser geschossen sei, ist vollständig erfunden. Ein Geisteskranker, Namens Courbert, angeblich Friedrichstr. 129 wohnhaft, drehte sich, als der Kaiser die Straße unter den Linden heute vormittag passierte, vor dem Hause Nr. 10 um, hob die Rockschöße und schlug sich mit der Hand an das Gesicht. Die Sistierung erfolgte unter großem Auflauf.

II.

Das Gerücht, daß unter den Linden auf Seine Majestät der Kaiser geschossen sei, ist vollständig erfunden. Ein Geisteskranker, Namens Courbert, angeblich Friedrichstr. 129 wohnhaft, machte sich, als der Kaiser die Straße unter den Linden heute vormittag passierte, vor dem Hause Nr. 10 durch unanständige Betragen bemerkbar und wurde deshalb festgenommen. Die Sistierung erfolgte unter großem Auflauf.

III.

Bei der Vernehmung des verhafteten Courbert ergab sich, daß derselbe gar nicht wußte, daß im gleichen Moment, wo er durch sein Betragen die Aufmerksamkeit der Umstehenden auf sich richtete, der Kaiser vorbeigefahren war. Der ganze Vorfalle spielte sich rein zufällig zur gleichen Zeit ab.

Die „Post“ hat den Vorfalle bisher nicht benutzt, um ein Ausnahmengesetz zu fordern. Es wird schon noch kommen. —

Eine diplomatische Sendung. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir:

Kürzlich wußte die Presse davon zu berichten, daß der Landrat v. Eghorff in einer vertraulichen Sendung von ungehobener Wichtigkeit nach England geschickt worden sei. Jetzt wird mitgeteilt, daß der Herr Landrat beauftragt worden sei, in England Eber für die königliche Herrschaft Cabinen zu kaufen. —

Vom Kronprinzen. Der Kronprinz ist am Mittwoch als aktiver Offizier in die Armee eingetreten. Sein Vater hat bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

„Nachdem seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz den Bildungs- und Entwicklungsgang, wie er für die preussische Armee und ihre Offiziere vorgezeichnet ist, durchgemacht und vollendet hat durch das Besuchen eines Exerziments, welches die Vorgesetzten mit der königlichen Gelobung zu belohnen gedenken haben, stelle ich ihn nunmehr als aktiven diensttunenden Offizier in die Reihen meines Regiments ein.“

Soweit überhaupt ein junger Offizier für seinen Beruf vorbereitet werden kann, soweit ist alles geleistet worden. Es wird nun an ihm sein, in der geschäftlichen, allklassischen Atmosphäre, die in den Reihen dieses Regiments weht und die seine Fahren unspielt, den Dienst in allen seinen Phasen lernen zu lernen. —

Jähigkeit in der Unwahrscheinlichkeit muß der „Märkischen Volkszeitung“ des Herrn Dabach bezeugt werden. Das Blatt will beharrlich den schmählichen Flottenvorfall seiner Partei durch die alte dumme Finte verdeckeln, daß die Sozialdemokratie bei der Kostendeckung für die Flotte sich als Hüterin der Börseinteressen gezeigt habe. Es sagt:

„Wir verhalten uns, so sagt er (der „Vorwärts“) ablehnend gegen Steuern, die zu einem unannehmbaren Zweck aufgewendet werden sollen. Wie läßt sich das mit der von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Budgetkommission abgegebenen Erklärung zusammenreimen, daß, wenn sie auch Gegner der Flottenvorlage seien, sie, falls letztere von einer Mehrheit bewilligt werden sollte, doch ein Interesse daran hätten, mit dafür zu sorgen, daß die Kosten den stärkeren Schultern aufgeladen würden?“

Das reimt sich sehr gut zusammen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission konnten prinzipiell gegen jede für den Marinismus bestimmte Steuer stimmen, als es sich nicht mehr darum handelte, einer besseren Steuer das Stimmenübergewicht gegenüber einer schlechteren zu sichern. Daß die Kostendeckung bei der jetzigen Flottenvorlage nicht auf die schwächeren Schultern gebürdet wurde, hatte die Sozialdemokratie schon vorher durchgesehen. Wenn die „Märk. Volksztg.“ dies Verdienst der Sozialdemokratie zu bestreiten versucht, so heuchelt sie schlechtes Gedächtnis. Das Centrum hat in früheren Jahren bei Militär- und Marinevorlagen niemals für den Schutz der unbemittelten Steuerzahler gewirkt. Es bedurfte erst des langjährigen Drängens der Sozialdemokratie, um das Centrum abzuweichen, daß sie zur Wandlung in die militärische Regierungspartei nicht auch die weitere Verlastung der Steuerzahler zuließe. Noch in den Beratungen der jetzigen Flottenvorlage würde die Centrumspolitik dazu geführt haben, daß die Mehrnahmen aus der gepulsten Erhöhung der Getreidezölle zu Marinezwecken Verwendung gefunden hätten. Auch hiergegen wurde erst durch die lebhafteste Demagogie dieser drohenden Gefahr seitens der Sozialdemokratie vorläufige Abhilfe geschaffen.

Diese Thatfachen werden natürlich nicht hindern, daß das Dabachblatt sein unreinliches Geschwätz fortsetzt. Es wäre ein unverzügliches Verlangen, daß das Blatt des an Gerichtsstätte satfam gekennzeichneten Geschäftsklappens in politischen Dingen reinlich handeln soll. —

Aus Oeffen. Landtag. (Eig. Ber.) Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer brachte eine lange erbitterte Debatte über die angefochtene Wahl in Gießen-Land. Der nationalliberal-freiwirtschaftliche Kandidat Leim hat seinen Sieg einer großen Gesetzesverletzung, der Verkürzung der Wahlzeit in dem Arbeiterort Heuchelheim durch Vorwissen der Uhr um 10 Minuten, zu verdanken gehabt. Statt die Wahl nun, wie der Ausschuß anfangs beschloffen hatte, kurzer Hand zu lassen, hat die Kammermehrheit sich durch allerlei von Herrn Leim und seinen Freunden veranstalteten „Erhebungen“ die Ueberzeugung beibringen lassen, daß am Wahlergebnis „wahrlich“ durch den erwähnten „Formfehler“ nichts geändert worden sei.

Die Abgeordneten Cramer, David und Ulrich verweisen vergeblich auf die schismatische Natur und die prinzipielle Bedeutung einer solchen Wahlrechtsänderung hin. Vergeblich führten sie den Nachweis, wie hallos und windig das von der Gegenpartei herbeigeschleppte Beweismaterial sei. Nur zwei Abgeordnete, Noad (nat.) und Guntram (frei.), gaben der Gerechtigkeit die Ehre und stimmten mit uns für die Ungültigkeit. Die übrigen stimmten, wie der Abg. Oriola berichtete, „and rein objektiven Gründen“ für die Gültigkeit. Damit ist ein Präcedenzfall für „fuge“ Wahlvorsitzer geschaffen, der noch recht böse Früchte tragen kann. Das Ansehen der Kammer aber ist durch diese Verhandlung im Lande sicherlich nicht gestiegen. Wenn sie selber dazu mithilft, das Vertrauen des Volks in die streng unparteiische Handhabung der Wahlvorschriften zu erschüttern, so öffnet sie der Wahlkorruption Thor und Thür. —

Ein Großunternehmer über den kommunalen Arbeitsschweid. Man schreibt uns aus Mülhausen: Von der „Industriellen Gesellschaft“ in Mülhausen i. E. war ein Preis ausgeschrieben worden für die beste Arbeit über den Stellenmangel, um den sich ein Herr aus Ludwigsburg durch Entreichung eines längeren Auftrages über jenes Thema bewarb. Er kam darin zu dem Schluß, daß der kommunale Arbeitsschweid, wie er besonders in Württemberg eingeführt ist, demjenigen der Arbeiter oder Unternehmer vorzuziehen sei, weil er das größere Maß von Unparteilichkeit garantiere. Ueber diese Arbeit hatte der Großfabrikant Th. Schlimberger in Mülhausen der „Gesellschaft“ einen Bericht zu erstatten, in dem er seinem geprechten Kapitalistenherzen in folgender Weise Luft machte:

Gegenüber dem erwähnten Vorzug des kommunalen Arbeitsschweides erhebe sich doch die Frage: Wird dieser Organismus nicht unter dem Vorwand der Unparteilichkeit das Recht der Bestimmung ausheben, welches unumgänglich notwendig ist, um zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Band der Solidarität zu knüpfen, ohne welches kein Unternehmen gelingen kann und kein sozialer Friede möglich ist? Eine zweite Anwendung ist folgende: Wenn dem Arbeiter zu viel Leichtigkeit im Stellenwechsel geboten wird (unentgeltliche Arbeitsvermittlung, niedrige Reisekosten), dann wird ohne Zweifel durch die Lockung des hohen Verdienstes die Entvölkerung der Landgemeinden gefördert und die Industriestädte mit unbrauchbaren Leuten verläßtigt. Schlimberger stellt dann die Behauptung auf, gerade die ungelerten Arbeiter, deren Verwendung infolge der Verwollkommnung der Maschinen im Abnehmen begriffen sei, bilden die hauptsächlichste Amdicht der Arbeitsschweide und Wohlthätigkeitsinstitute und werden von den sozialistischen Agitatoren zum Bürgerkrieg angetrieben (!).

Ein besonders hohes Maß von sozialpolitischer Einsicht wird man dem Mülhauser Großfabrikanten nach derartigen Leistungen wohl nicht zusprechen können. Seine Anschauungen sind so sehr von patriarchalischem-reaktionärem Geist beinflusst, daß der verbohrteste Kranjunker Obelbins sich ihrer nicht zu schämen brauchte. —

Ein weitverbreiteter Unsinn des Unternehmertums bei der Gewerung und häßliche Arbeiten sind die sozialistischen Vertreter im Gemeinderat der Stadt Mülhausen i. E. unter Parteigenossen Vueb und Hidel, zu Leibe gegangen. Sie hatten dort den folgenden, dieser Tage zur Verhandlung gekommenen Antrag eingebracht:

„Der Gemeinderat wolle beschließen: Es ist in den Lastenbüchern über die Ausführung häßlicher Arbeiten eine Klausel aufzunehmen, wonach die Unternehmer verpflichtet sind, den Lohn ihrer Arbeiter in derjenigen Höhe zu zahlen, die sie in ihren eingereichten Offerten selber angegeben haben.“

Genosse Vueb führte bei Begründung des Antrags aus, es habe sich kürzlich gelegentlich der Vergütung der Arbeiter für die häßliche Kanalisation herausgestellt, daß die Unternehmer in ihren Offerten bedeutend höhere Löhne für ihre Arbeiter angeben, als diese in Wirklichkeit erhalten, und daß in den Kostenüberschlägen unter den aufgeführten Arbeitsschönen auch diejenigen Summen inbegriffen lägen, welche die Unternehmer, sei es als Gewinnrate, sei es als Geschäftsauslagen und dergleichen, für sich beanspruchten. Der Antrag und seine Begründung durch Vueb riefen eine äußerst rege Diskussion hervor, in deren Verlauf Vueb namentlich dem größten Bauunternehmer Mülhausens, dem Herrlichen Stadtrat Böhm, durch Aufdeckung seiner diesbezüglichen unsonstigen Praktiken schwer zusetzte. Der also Angegriffene suchte sich mit dem Hinterrück darauf zu verteidigen, daß es bei den Unternehmern von jeher usus gewesen sei, den eigenen Verdienst, die Geschäftsauslagen, die Gebühren für die verschiedenen Versicherungen, die Kosten der Abnutzung bezw. Erneuerung des Werkzeuges u. dgl. bei den Berechnungen der Submissionsofferten auf die Arbeitsschönen zu schlagen, und daß den Arbeitern die in solcher Weise berechneten Tagelöhne niemals voll ausbezahlt worden seien. Vueb bezeichnete eine derartige Handlungsweise als durchaus infortest und unehrlich und setzte es auch durch, daß der Gemeinderat beschloß, an das Bürgermeisterramt das Ersuchen zu richten, es möge feststellen, in welchem Verhältnis bei außerordentlichen Leistungen die bezahlten Löhne zu den eingereichten Offerten ständen. —

Aus der badischen Kammer. Karlsruhe, 20. Mai. (Eig. Ber.) Eine gründliche Abfuhr wurde den „durchlauchtigsten, hochgeehrtesten Herrn der Ersten badischen Kammer“ durch den Führer der Nationalliberalen in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer zu teil. Die badische Regierung hatte in das diesjährige Budget die Summe von 30000 M. für Befähigung der Pariser Weltausstellung durch Arbeiter eingestellt. Durch einstimmigen Beschluß der Zweiten Kammer wurde diese Position um 20000 M. erhöht und der Regierung das Recht der Ueber-schreitung dieser Summe zugestanden. Der Finanzminister Buchenberger hat zwar dagegen Opposition gemacht; allein die Zweite Kammer sagte trotzdem diesen Beschluß. Die „durchlauchtigsten Herren des andern hohen Hauses“ dagegen nahmen an diesem Beschluß der Zweiten Kammer Anstoß und verurteilten dieser Beschlüssen über das Budgetrecht zu erteilen. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer, kam, gelegentlich der Verabschiedung des Finanzgesetzes, der Abg. Piefer auf die anmaßende Kritik der „erlauchten Herren“ zurück. Mit scharfen Worten wies er die Beschlüssen über das Budgetrecht der Zweiten Kammer, wie sie seitens der Ersten Kammer erfolgt waren, zurück. Die Zweite Kammer habe durchaus korrekt gehandelt; überdies besäße die Erste Kammer kein Budgetbewilligungsrecht und habe deshalb in diesem Falle überhaupt nichts zu sagen.

Finanzminister Buchenberger, der zu der Kritik der Ersten Kammer den eigentlichen Anlaß gegeben hatte, veräußerte sich durch eine diplomatische Rede aus der für ihn unangenehmen Situation herauszuwinden. Die Korrektheit des Vorgehens der Zweiten Kammer hat auch er anerkennen müssen. Die „durchlauchtigsten Herren“ dürften jetzt auf einige Zeit die Luft verloren haben, den Volksvertretern der Zweiten Kammer Beschlüssen über das Budgetrecht zu erteilen. —

Das Centrum hat im Landtag einen Gesetzentwurf auf Abänderung der Wahlkreiseinteilung eingebracht. Auf je 25000 Seelen soll ein Abgeordneter entfallen. Die Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim bilden für sich je einen abgeschlossenen Wahlbezirk mit mehreren Abgeordneten.

Die bisher bestandenen Städteprivilegien sind als fortwährend angenommen; nur sind den Städten Mannheim, Karlsruhe und Freiburg 6, 4 und 3 Mandate zugebracht, statt der bisherigen 3 resp. 2.

Der Gesetzentwurf wird zweifellos, falls er überhaupt noch auf diesem Landtag zur Beratung kommt, eine Mehrheit auf sich vereinigen. Die Regierung hat auch schon auf früheren Landtagen die Notwendigkeit der Abänderung der jetzigen Wahlkreiseinteilung zugegeben. Trotzdem wird sie, falls der Gesetzentwurf zur Annahme gelangt, demselben nicht zustimmen. Sie stützt sich darauf, daß eine Abänderung der Wahlkreiseinteilung nur bei gleichzeitiger Revision der Verfassung in Bezug auf die Wahlrechtsfrage vorgenommen werde. Da aber zwischen der Mehrheit der Volksvertretung einerseits und den Nationalliberalen, der Ersten Kammer und der Regierung andererseits eine Einigung in Bezug auf die Wahlrechtsfrage auf diesem Landtag vollständig ausgeschlossen ist, so bleibt alles beim alten. —

Ausliches Resultat der Wahl in Nürnberg. Nürnberg, 30. Mai. Bei der Reichstags- und Landtagswahl im 1. Wahlkreise (Mittelfranken) wurde Dr. Albert Sadelum (Soz.) mit 22045 Stimmen von 87884 abgegebenen Stimmen gewählt. Fabrikbesitzer Seiler (fortschrittlich-liberal) erhielt 14432 Stimmen.

1898 erhielt Dertel 22598 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind also trotz der perfiden verleumdenden Ausschaltung des traurigen Falles Dertel während der Wahlkampagne nur um 558 Stimmen zurückgegangen. —

Ausland.

Schweiz.

Neue Ausweisungen aus der Schweiz. Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Abemals hat der Bundesrat in Bern die Ausweisung von drei italienischen Sozialisten, der Genossen Cattaneo, Moroni und Sarcinelli, welche den Vorstand der Berner Organisation der italienischen Sozialisten bildeten, beschloffen, weil sie bei der Geburtsfeier des Königs Humbert im verflohenen Monat März vor der italienischen Gesandtschaft in Bern mit den Dusen: „Wieder mit der Regierung, wieder mit dem König, wieder mit der Gesundheits!“ demonstrierten. Wir halten solche

Demonstrationen in fremdem Land für ebenso ungewöhnlich wie
vollständig wertlos, anßerdem lag die Erfahrung vor mit der vor
mehreren Jahren von den sogenannten „Unabhängigen“ in Zürich vor dem
dortigen italienischen Konsulat ausgeführten Demonstration, die mit
der Ausweisung einer ganzen Anzahl der Beteiligten endete. Viel
höherer Wert als solche Demonstrationen legen wir der stillen und
andauernden Arbeit in der Organisation bei. Aber wir finden auch
die Ausweisung wegen einer so unbedeutenden Sache für un-
berechtigt, weil viel zu weitgehend, und bedauern sie daher,
namentlich im Interesse der Demokratie, sehr. Der „Sozialer
Vorwärts“ und die „Arbeiterstimme“ fordern die Arbeiterorgani-
sationen der ganzen Schweiz zur Erhebung flammender Proteste
gegen die Ausweisung auf, doch wird die Aufforderung ohne Erfolg
bleiben. — Der ebenfalls in Bern wirkende italienische Genosse
Vergamini hat bei demselben Anlaß vom Bundesrat eine Ver-
warnung erhalten. —

Bern, 28. Mai. (Sig. Ber.) Die Vertiefung der Ver-
sicherungsvorlage beherzigt in nachhaltiger Weise das
öffentliche Interesse und die Presse führt immer noch ihre Spalten
mit langen, mehr oder weniger weisen und zutreffenden Be-
trachtungen, die natürlich je nach der Stellung des Blattes ver-
schieden sind. Die Gegner, der kapitalistisch-manchesterlich-
föderalistisch-ultramontane Richtung, haben die ganze ver-
schlossene Woche festgehalten, an denen sie sich vor Freude und
Stolz schmelzen konnten zu fassen wußten: sie feierten die verwerfende
Mehrheit als den Verbund von politischer und sozialer Verwirrung,
selbständiger Urteilsfähigkeit und Willensstärke und als den wahren
Geist der Freiheit. Von den vielen Projekten, die sie vor
der Vollabstimmung dem Versicherungsgelehrten entgegenstellten,
ist es aber auffallend still geworden und einzig der
schweizerische Bauernsekretär Dr. Lutz veröffentlicht im „Bund“
neue Vorschläge, wonach die Krankenversicherung in der sehr redu-
zierten Form wieder aufgenommen werden sollte, daß dem Bunde
nur die unentgeltliche Abgabe von Kräften und andern Heilmitteln
zu leisten wäre, während die Entschädigung für den Lohnausfall in
kranken Tagen den freiwilligen Krankenkassen wie bisher überlassen
bleiben sollte. Dagegen lehnt sich der Vorschlag des Bauernsekretärs
bezüglich der Unfallversicherung an den oben verworfenen Geset-
zentswurf an. Die für die Durchführung seiner Vorschläge erforder-
lichen jährlichen 10 Millionen Franken möchte er aus der Erhöhung
der Alkoholzölle, namentlich des Weinzölles, heraus schlagen. Der
Mann konnte der Sekretär des deutschen Bundes der Land-
wirte sein. Von der sozialdemokratischen Presse hatte ein einziges
Blatt, die „Berliner Tagwacht“, zur Verwerfung des Ver-
sicherungs-Gesetzes aufgefordert, jedoch insofern ohne Erfolg, als in
der Stadt Bern doch eine Mehrheit für das Gesetz sich fand. Sie
schreibt in ihren Betrachtungen u. a.: „Während die Lehren dieser
Campagne der schweizerischen Sozialdemokratie Mächtig, Charakter,
Klugheit und eine würdige Tatkraft bringen. Wir haben die Vor-
läge aus sachlichen Gründen bekämpft. Aber auch
politische Erwägungen legten das Nein nahe. Wir werden in Zukunft jedes Gesetz verwerfen,
bis uns die Nachhaken der Nationalrats-
proporz und die Willkür des Bundesrats ge-
geben haben.“ Diese Obstruktionstaktik haben die Berner
Genossen in der Frage der Salzpreiserhöhung mit Erfolg
geübt und sie haben als weiteren Erfolg derselben erreicht,
daß der Berner Regierungsrat beschloß, dem Kantonsrat die
Annahme der sozialdemokratischen Motion auf Einführung der
Proportionalwahl desselben (des Kantonsrats) in dem Sinne zu
empfehlen, daß die Regierung den Antrag erhalte, vorläufig über die
bezüglichen Gesetze und die damit gemachten Erfahrungen in andern
Kantonen zu berichten.

Die Freunde des verworfenen Gesetzes ergeben sich in Unter-
scheidung der Ursachen des bedauerlichen Volksentscheides, deren sie
nichts anzuführen wissen. Wir erwähnen davon nur die be-
kannteste tiefstehende konservative Gesinnung und daherige Ab-
weigung des Schweizervolks gegen das Neue, schlechte Einkommens-
verhältnisse der Arbeiter, gesellschaftliche Krise in der Stadt Zürich,
die jahrgestaltigen Forderungen der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiter-
bewegung und alle ihre sozialen Bestrebungen, wodurch der soziale
Gedanke überhaupt und allgemein diskreditiert wurde. Die Unzu-
friedenheit mit den politischen Zuständen, unter denen überall
die Arbeiter zurückgefallen sind in ihren Rechten verkrüppelt
sind, der Eigennutz der Bauern und Handwerker, die Selbsthülfe der
kapitalistischen Kreise usw. Das sozialdemokratische „Vollrecht“
in Zürich, das übrigens weder und in zahlreichen Artikeln für das
Versicherungsgesetz eintrat, erinnert an die 1893 auf dem Arbeiter-
tage in Zürich beschlossene Resolution, in der es heißt: „Die
schweizerische Arbeiterschaft wird jeden Entwurf der Kranken-
und Unfallversicherung ablehnen, der nicht auf die unentgeltliche
Krankenpflege gegründet ist“, und daran anschließend schließt das
Blatt seine Betrachtungen: „Die Kranken- und Unfallversicherung ist
gefallen, es lebe die unentgeltliche Krankenpflege!“ Damit wäre der
neue Weg gezeigt, aber es wird ein weiteres Jahrzehnt dauern,
ehe ein positiver Erfolg erzielt werden kann, wenn es dazu über-
haupt jemals kommt. —

England.

Zum Aufstand an der Goldküste. London, 29. Mai.
Eine amtliche Depesche an das Kolonialamt teilt mit, daß ein kleiner
britischer Truppenteil, welcher aus Hausat bestand und von einem
englischen Offizier befehligt wurde, von einer viel stärkeren Ab-
teilung Afrikaner bei Siwiva angegriffen wurde. Der Offizier und
mehrere Hausat wurden getötet. —

Italien.

**Die sozialistischen Kandidaturen für die italienische
Deputiertenkammer.** Man schreibt uns: Alle Parteien entwickeln
noch in größter Eile einen fieberhaften Eifer, um ihren Kan-
didaten zum Siege zu verhelfen. Die Parteien der äußersten Linken,
d. h. die verbündeten Sozialisten, Radikalen und Republikaner, die
für die Zeit des Wahlkampfes alle trennenden Unterschiede vergessen
haben, um gemeinsam gegen die drohend das Haupt erhebende
Reaktion zu Felde zu ziehen, haben zusammen 175 Kandidaturen
aufgestellt, von welchen 76 auf die Sozialisten entfallen, die mit
großer Siegeszuversicht in den Kampf gehen. Die bewährten
Führer und die bisherigen Vertreter der Partei im Parlament
sind fast alle wieder aufgestellt, und zwar: Badaloni in Valsugana;
Berardini in Borgomandino; Costa in Sudrio und in Imola;
Vertesi in Carpi; De Felice in Catania 2 (2. Wahlkreis); Lombardi
in Cossato; Pescetti in Florenz 3; Ferri in Gonzaga, in Modena 2
und in Rom 2; Cakanzaro in Livorno 2; De Marinis in Mercato,
Sanseverino und in Salerno; Turati in Mailand 5; Cicotti in
Mailand 6; Agnini in Mirandola und in Modena; Beltrami
in Paganza; Albertelli in Parma 2; Bissolati in Peskarolo;
Bodrecca in Pietrasanta; Prampolini in Reggio Emilia;
Rogari in Turin 2; Trebes in Turin 3; Rossi in
Turin 4. Außerdem kandidieren: Gerboglio in Alessandria; Camerini
in Aquila; Matti in Asti; Vassil in Benevento; Mojoni in
Bergamo; Rigola in Biella; Ciotti in Campi Bisenzio; Palmieri
in Castelnuovo; Lucci in Cerreto Sannita; Fungoli in Citta-
ducale; Meoni in Colledara; Koleba in Como; Ruffi in
Crescentino; Masino in Empoli; Pietracchi in Florenz 4; Fontani
in Gallarate; Ghiso in Genova 1; Villa in Leno; Soldi in Vodi;
Casentini in Vercelli; Roe in Vercelli; Maino in Mail-
land 2; Borciani in Montecchio; Cassali in Neapel;
Gatti in Ostiglia; Piccarolo in Oviglio; Marchesano in
Viterbo 4; Giacomo Ferri in Vercelli; Barazzini in
Vercelli; Battelli in Pisa und in Urbino; Votari in Pontassieve;
Roffi in Porto Maurizio; Lombello in Savona; Cabrini in
Sanazzaro; Vergamini in Santa Maria Capua; Lombello in
San Remo; Vicentini in San Demetrio; Pizzorno in Santhia;
Leba in Voltri; Montemartini in Stradella; Cagno in Turin 1;
Cicco in Turin 5; Villa in Tortona; Gottardi in Treviso; Musatti
in Venedig 1; Monticelli in Venedig 2; Cicotti in Vigevano; Vigna
in Signale; Danesi in Volterra. Außerdem sind noch zwei Protest-
kandidaten aufgestellt. —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Eisenbahner Berlins!

Kollegen! Es wird Euch bekannt sein, wie bei Beratung einiger
Petitionen der Eisenbahngewerkschaften, die um Erhöhung ihrer Ge-
hälter baten, der Herr Minister v. Thielen jede Erfüllung der Bitte
ablehnte. Das Resultat der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus
war, daß die Beamten und Arbeiter jede Hoffnung aufgeben müssen,
eine Besserung ihrer dürftigen Gehaltsverhältnisse erwarten zu
können. Nach gelegentlich des Streiks der Straßenbahn-
Angestellten sind von den Herren v. Thielen und Rheinbaben
Ankündigungen gemacht, die klar zeigen, was wir von jener
Seite zu erwarten haben. Es bleibt uns mithin nichts andres
übrig, als uns zu organisieren, um unsere Lage zu verbessern. Viele
unser Kollegen sind bereits dem Verband der Eisenbahner Deutsch-
lands beigetreten. Leider fehlt noch ein großer Teil der Organi-
sation fern. In diese wenden wir uns mit der Bitte: Kollegen,
holt das Verzeichnis nach! Löst Euch als Mitglieder in den Ver-
band der Eisenbahner Deutschlands aufzunehmen!

Die Aufnahmestellen sind folgende: Wilhelm Henze, Peters-
burgerstr. 41; Fritz Brehm, C. Neue Friedrichstr. 20; Hermann
Schulz, N. Schwarzkopffstr. 15; Robert Arendt, N. Briesener-
str. 21; Franz Hauser, Schöneberg, Sedanstr. 31; Karl Zangeneh,
Königsplatz, Kamf. 44.

Der Verband der Eisenbahner Deutschlands.

Die Aussperrung der Stenotypisten der Firma Junkersdorf vor dem Einigungsamt.

Das Einigungsamt trat gestern nachmittag 3 Uhr zusammen.
Als Beisitzer fungierten die Arbeitgeber Israel und Sauer und
die Arbeitnehmer Robert Ahrens und Alwin Köster.
Den Vorsitz hatte Gewerkschaftsrat Dr. Gerth. Dajschütz als
Vertreter der Arbeitnehmer legte ausführlich dar, weshalb 22 Stenoc-
typisten des Herrn Junkersdorf durch die Freie Vereinigung der Unter-
nehmer auf die schwarze Liste gesetzt sind. Er erklärte
die Darstellung der Angelegenheit, die der „Vorwärts“ in seiner
Nummer vom 29. Mai enthält, für die allein richtige, und be-
mängelte die Angaben, welche die Vertreter der Arbeitgeber bei ihrer
Ankündigung des Einigungsamts zu Protokoll gegeben haben. So wäre
es falsch, daß der 1. Mai bei der Verhandlung der Sperre über die
Firma Junkersdorf irgend welche Rolle gespielt habe. Im
Anstand und zur Sperre sei es vielmehr lediglich
deswegen gekommen, weil die Kollegen mit den Stenoc-
typisten P. und T. wegen ihres unsozialistischen Ver-
haltens nicht hätten zusammen arbeiten können. P. und T. hätten
ihnen nicht nur Gegenstände weggenommen, die sie bei der Arbeit
notwendig brauchten, sie hätten auch verschiedene von ihnen mit
Prügel bedroht. Außerdem wäre von den beiden die schwebende
Arbeitszeit täglich um mindestens ein halbe Stunde überschritten
worden. Ferner hätten die Kollegen von Herrn Junkersdorf
entgegen der Angabe im erwähnten Protokoll nicht ver-
langt, P. und T. gänzlich zu entlassen, sondern nur, sie
von den Bauten fortzunehmen, wo die Masse der Kollegen im Lohn
arbeite. Bei der Ablehnung dieser Forderung seien Streik und
Sperre unabwendbar geworden. Darauf hätten dann die ver-
einigten Arbeitgeber die 22 Ausländer auf die schwarze Liste
gebracht.

Herr Junkersdorf gab zu, daß sich in das Protokoll ein
Fehlverhalten eingeschlichen habe. Er wolle aber etwas von einer gänzlichen
Entlassung P. und T. gehört haben.

Herr Ahrens, der Vorsitzende der Freien Vereinigung der
Arbeiter, erklärte sich für den Frieden.

Herr Köster, einer der Vertreter der Arbeiter, betonte, daß es
sich hier nur um die Erledigung der Sache Junkersdorf handeln könne,
nicht um allgemeine Forderungen. Und diese sei ledig, wenn
folgendes zugestanden werde: Die Aussperrten werden von Herrn
Junkersdorf wieder eingestellt und zwar zu den letzten Bedingungen,
d. h. zu einem Minimallohn von 7 M. täglich bei 8 1/2 stündiger
Arbeitszeit. Die schwarze Liste wird abgeschafft. P. und T. sind
mit den andern zusammen auf den in der schwarzen Liste
angeführten Bauten nicht zu beschäftigen. Meister Kleefeld bittet,
es bei der Wiedereinstellung der 22 zu belassen und nur zu sagen:
„unter den alten Bedingungen.“ Was P. und T. angehe, so mögen
sie sich ja gegen die Grundzüge der Arbeiter vergangen haben. Die
Arbeitgeber können sich aber doch als Handhabe zur Durchführung
dieser Grundzüge nicht gebrauchen lassen. „Seien Sie“, bemerkt Herr
Kleefeld zu den Vertretern der Arbeiter gewandt, „doch gegen die
Seite großzügig.“ Herr Casparn von der Unternehmer-
Vereinigung wünschte die Frage vom Einigungsamt entscheiden, ob
es überhaupt berechtigt sei, Sperren zu verhängen. Er schlug vor,
zu bestimmen, daß Sperren nicht eher ausgesprochen werden dürften,
bis ein Schiedsgericht aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich mit
der Sache beschäftigt habe.

Nach langer Beratung machte der Vorsitzende Dr. Gerth gegen
7 Uhr abends folgenden Vergleichsvorschlag, der von beiden Parteien
angenommen wurde: Die Aussperrung wird aufgehoben und die
schwarzen Listen werden zurückgenommen. Die Arbeiter werden seitens
des Herrn Junkersdorf zu den vor der Sperre geltenden Bestimmungen,
und zwar 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 7 M. Minimallohn, wieder
eingestellt. Die eventuelle Wiedereinstellung von P. und T. (sie
hätten mittlerweile selbst die Stellung angefordert) darf nur zu den
obigen Bedingungen stattfinden. — Von beiden Vertretungen werden
je drei Mitglieder zu einer Kommission gewählt, die bei jeder Lohn-
differenz und bei sonstigen Streitfragen in Tätigkeit tritt. Den
Vorsitz in der Kommission führt ein Arbeitgeber, der von den Arbeit-
gebern gewählt wird und dessen Name dem Vertrauensmann der
Arbeitnehmer mitzuteilen ist. Kommt in der Kommission keine
Einigung zu Stande, so bleiben den Parteien weitere Schritte vor-
behalten. Maßregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen
werden.

Die Arbeit wird am 31. Mai früh wieder aufgenommen.

Der Aufstand der Maurer bei der Berliner Kanalisation.

Seit 3 Wochen ruhen die Maurerarbeiten bei der städtischen
Kanalisation in Berlin. Die Maurer verlangen mit ihren Kollegen
an den Hochbauarbeiten in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit gleichgestellt
zu werden. Diese ihre Wünsche haben sie in einer Eingabe der
städtischen Bauverwaltung unterbreitet, wurden aber von dort ab-
gewiesen mit dem Bemerkten, daß Herr Maurermeister Steinert
erklärt habe, eine genügende Anzahl von Maurern bei 10 stündiger
Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn zu bekommen. Nach dieser Er-
klärung haben die Maurer die Arbeit niedergelegt.

Interessant ist nur, wie der Unternehmer, Maurermeister
Steinert, den Vertrag der organisierten Maurer mit den
Unternehmern benützt hat, um bei Vergebung der städtischen
Kanalisationsarbeiten seine Mitbewerber aus dem Feld zu schlagen.

Herr Maurermeister Steinert steht bei Vergebung der Maurer-
arbeiten der Kanalisation ohne Konkurrenz da, weil er seinen Ar-
beitern und Maurern einen so niedrigen Lohn zahlt, wie ihn kein
anderer Berliner Unternehmer zahlen kann.

Nach dem Tarifvertrag vom vorigen Jahre beträgt der ver-
einbarte Lohn der Maurer zur Zeit 62 1/2 Pf. pro Stunde bei neun-
stündiger Arbeitszeit. Herr Steinert zahlt nur 50 Pf. bei einer
zehnstündigen Arbeitszeit. Als die Maurer sich endlich aufrüsteten
und zur einmütigen Arbeitsniederlegung griffen, da ermahnte Herr
Steinert die Gesellen, doch ja in ihrem eignen Interesse
die Arbeit wieder aufzunehmen, da sie als alte Ge-
sellen doch anderswo keine Beschäftigung fänden. Wenn
man bedenkt, daß die meisten Maurer zehn, fünfzehn und
zwanzig Jahre während der Sommermonate bei der städtischen
Kanalisation beschäftigt sind, bei den Neubauten der Kanäle in den
engen engen Gassen, bei Reparaturen der alten im Betrieb be-
findlichen Kanäle in Räumen sich bewegen, welche mit stinkenden,
giftigen Gasen angefüllt sind, so wird man es begreifen, wenn die
Arbeiter sich gegen diesen humanen Unternehmer auflehnen.

Herr Steinert war so freundlich und versicherte den Maurern,
wenn sie den Lohn beanspruchten, den andre Meister zahlen, so
würden junge Maurer angestellt und die alten belassen überhaupt
keine Arbeit mehr.

Trotz alledem haben die Maurer sich nicht bewegen lassen, die
Arbeit wieder aufzunehmen, und trotz allen Suchens und
Ankündigerens in den Provinzialstädten, in denen Maurer zu 50 Pf.
Lohn für Berlin bei Herrn Steinert gesucht werden, ist es kaum ge-
lungen, einige Streikbrecher aufzutreiben.

Da die Arbeiter nun schon 3 Wochen ruhen, die aufgeworfenen
Vorgaben in verschiedenen Teilen der Stadt zum Schaden der
Bewohner nicht zugeschüttet werden können, so wäre es wohl an-
gebracht, daß die städtischen Behörden ein Wort mit dem Unter-
nehmer sprächen, damit er seiner Verpflichtung nachkomme.

Die Bäckermeister Berlins nahmen am Dienstag in acht Ver-
sammlungen Stellung zum bevorstehenden Streik der Gesellen. Wie be-
reitet wird erlernt die Meisterschaft allgemein eine Lohnerhöhung bis
20 Proz. als berechtigt an und wird diese allgemein auch bewilligt;
die Forderung: Abschaffung von Kost beim Meister, wird
nicht grundsätzlich abgelehnt, dagegen wird Logis außer
dem Hause wegen der damit verbundenen Betriebsführung
tatsächlich abgelehnt. Verheirateten Gesellen soll mit Rücksicht
auf die Familie Kost und Logis außer dem Hause gewährt
werden; die Forderung der Gesellen auf Anerkennung des Gehilfen-
nachweise-Bureaus wird tadelnd verworfen. Den Meistern wurde
geraten, mit ihren Gesellen persönlich in Unterhandlungen zu treten,
soweit aber etwaige Unterdrückten dritten Parteien nicht zu geben. —
Bezüglich der Abwehrmaßregeln wurde bekannt gegeben, daß
aus etwa 60 deutschen Städten die Meisterschaft zugezogen hat, beim
Ausbruch des Streits Arbeitskräfte nach Berlin zu senden. Die Abwehr-
kommission der Meister tagt dann beständig, die Bäckermeister-
Nachschubvereine vermitteln den Verkehr in den einzelnen Bezirken.
Alle Kosten werden aus dem Streikabwehrfonds beglichen. Die
bestehenden Bäckermeister und diejenigen, welche vom Streik
weniger berührt werden, haben weitere pekuniäre Hilfe zugesagt.
Einige Meister wollen ihren Gesellen außer Lohnerhöhung während
der Dauer des Streiks doppelten Lohn zahlen. Die „wilden“ Sprech-
meister (privat Arbeitsvermittler für Bäcker) sollen energisch
bekämpft werden und alle Meister gehalten sein, nur von der
Anwartschafts-Sprechbureau Arbeitskräfte zu entnehmen. — Einigen
Meistern, die schon vorher den Streik als „ins Wasser gefallen“ be-
zeichneten, wurde mit Hinweis auf den Streik der Straßenbahn-
Angestellten entgegengesetzt, daß man mit allen Eventualitäten zu
rechnen habe. Einen Problohn fürchten die Meister nicht. Ander-
seits wollte man bestimmt wissen, daß es auf eine Ueberumpelung
der Meisterschaft abgesehen sei und daß der Streik am Freitag, den
6. Juni, ausbrechen soll.

Der Bauunternehmer-Verband in Spandau hat den
Maurern auf die von diesen gestellten Forderungen insofern einiges
Entgegenkommen gezeigt, als derselbe beschloß, den Stunden-
lohn von 50 auf 55 Pf. zu erhöhen. (Die Maurer hatten 60 Pf.
Stundenlohn gefordert.) Auf die von den Gesellen geforderte Ver-
längerung der Arbeitszeit (neun Stunden pro Tag) sind die Unter-
nehmer nicht eingegangen. Eine sehr stark besuchte Maurer-
versammlung, welche am Montagabend tagte, beschloß mit Ein-
stimmigkeit, dem Vorschlag des Referenten Schulze und anderer
Kollegen entsprechend, die Bewilligung des 55 Pf.-Stundenlohns als
ein nicht weit genug gehendes Entgegenkommen seitens der
Arbeitgeber zu betrachten, und besonders die Forderungen der Ge-
sellen nach Verlängerung der Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Einige
Redner forderten, daß die Maurer ihren Forderungen durch den
Streik Nachdruck verleihen möchten. Die Versammlung gab dem
Streik jedoch nicht statt, sondern beauftragte zwei Kollegen, mit dem
Vorstand des Arbeitgeber-Verbands zunächst mündlich zu verhandeln.
Diese Verhandlung hat inzwischen stattgefunden, ein Resultat jedoch
nicht gehabt, weshalb sich die Lohnkommission noch einmal
schriftlich an den Arbeitgeber-Verband gewandt hat.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten.

Die Straßenbahngewerkschaften in Stettin haben in einer sehr
gut besuchten Versammlung in der Nacht vom 29. zum 30. Mai
einstimmig beschlossen, sofort in den Streik einzutreten. Ver-
anlaßt ist dieser Beschluß durch die strikte ablehnende Haltung
der Direktion den Forderungen der Angestellten gegenüber.
Die Direktion hatte nur lächerlich geringe Zugeständnisse gemacht,
darunter die, daß das bisherige Anfangsgehalt von 62 M. pro
Monat auf 67 M. erhöht werden sollte, während die Angestellten
die Erhöhung ihres Anfangsgehalts von 62 auf 75 M. ver-
langten. Auch lehnte die Direktion jede bindende Erklärung
darüber, daß sie keine Maßregelungen bei denjenigen An-
gestellten, die bei dieser Lohnbewegung beteiligt sind, vor-
nehmen wolle, ab. Bewilligt wurde freilich die selbstverständliche
Forderung einer besseren Behandlung der Angestellten
durch ihre Vorgesetzten. Noch in letzter Stunde, am Dienstag-
nachmittag und dann bis 12 Uhr nachts ersuchten die Angestellten
um weitere Verhandlungen. Als die Direktion aber auf die dies-
bezüglichen schriftlichen Gesuche der Angestellten mit kaltem Schweigen
antwortete, erklärten die dadurch Erbitterten sofort einstimmig
den Streik. Von der Versammlung aus wurde dann sofort ein
Frischausflug auf das Land unternommen, so daß seit Mittwoch früh
der gesamte Betrieb der Straßenbahn stillsteht.

Mit ungeheuren Führern und jungen Leuten versucht die überraschte
Direktion den Betrieb wieder aufzunehmen, doch ist ihr dies bis
jetzt nicht geglückt. Von den sonst verkehrenden 60 Wagen befinden
sich nur etwa sechs im Betrieb, und diese verkehren auch nur auf dem
Linien im Centrum und auf der Ringbahn.

Von den Angestellten der Königlich-Preussischen Straßenbahn
haben 600 in einer Versammlung beschlossen, eine Reihe von Forde-
rungen zu stellen, die eine Besserstellung des Dienstverhältnisses zum
Zweck haben. Unter andern verlangt man ein Anfangsgehalt für
Schaffner von 90 M. und für Aufsicher von 100 M. monatlich, für
Discharbeiter und Stallente einen Tagelohn von 3,50 bis 4 M.
Ferner fordert man die Errichtung einer Pensionskasse und Beschwerdes-
kommission. Die Bahn befindet sich in städtischer Verwaltung. Die
Angestellten erwarten bis zum Freitag eine entscheidende Antwort.

Die Direktion der Hannoverischen Straßenbahn hat
schließlich doch etwas eingelenkt und mit einer aus dem Depot ge-
bildeten Kommission verhandelt. Man ist geneigt einige von den
Gesamtforderungen wieder einzustellen. Bezüglich der monatlichen Lohn-
zahlung soll eine Regelung dahin erfolgen, daß den Angestellten der
Lohn für 27 Tage garantiert wird. Es soll dies angeblich im
Interesse der Angestellten liegen. Darüber hinaus wird bezahlt,
wenn durch Verschulden der Direktion mehr als 4 freie Tage pro
Monat eintreten würden. Bezüglich der Dienstzeit ist ebenfalls ein
Zustandnis erfolgt und zwar dahin, daß für Schaffner
11 1/2 und für Wagenführer 10 1/2 Stunden angelegt sind. Ueber-
stunden sollen nach der Höhe des Gehalts bezahlt werden und nicht
unter 30 Pf. pro Stunde. Die Angestellten werden in einer Ver-
sammlung entscheiden, ob sie sich mit dem Gebotenen zufriedengeben
wollen.

In Striegau ist es den Maurern gelungen, mit ihren Meistern
einen Lohntarif zu vereinbaren. Nur einer verhält sich ablehnend,
es ist das der Maurermeister Quialkowski. Die Lohnkommission
der Maurer hat deshalb über das Geschäft des Genannten die
Sperre verhängt.

Gefährdete Staatseinrichtungen. Der Stenotypist Schie-
mann sprach in einer Versammlung der Stenotypisten in Chem-
nitz, wobei er sich gegen den § 131 des Strafgesetzbuchs verhalten
haben soll. § 131 stellt unter Strafe, wer erdichtete oder entstellte
Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich be-
hauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder An-
ordnungen der Behörde verächtlich zu machen. Das Landgericht
Chemnitz verurteilte Schiemann zu 6 Wochen Gefängnis.

Die Barbier in Kiel bitten den Zugang fernzuhalten, da sie mit ihren Prinzipalen in Differenzen stehen.

Ausgewiesene wurde aus Elberfeld der aus Ungarn gebürtige Pösmantler Eowenfohn. Der Ausgewiesene war ein thätiges Mitglied seiner Gewerkschaft und wird angenommen, daß dies der Grund der polizeilichen Maßregel war.

Der Zustand der Gladmacher in Ufch (Pofen) ist vertrieben, da die Firma schließlich den Wünschen der Arbeiter nachgab. Maßregelungen sollen nicht stattfinden und über die Beseitigung von Mischständen soll mit der Lohnkommission verhandelt werden.

In Bromberg dauert der Streik der Maurer, Bauarbeiter und Tischler unverändert fort.

Die Bildhauer in Pofen befinden sich jetzt in der vierten Woche im Streik. Die meisten sind abgereist, andre werden in Kürze folgen.

Der Streik der Maurer in Wiesbaden zeigt erfreulicherweise bei den angeworbenen italienischen Streikbrechern ein starkes Hervortreten des Solidaritätsgefühls. Zweimal ist es bisher den Streikenden gelungen, einen Trupp Italiener abzuschleppen, selbst eine sehr aufmerksame Bewachung der angeworbenen Ausschloßkräfte seitens der Meister und der Polizei verhindert nicht, daß die italienischen Arbeiter die unwürdige Stellung, die man ihnen zumutete, ablehnten.

Ausland.

Aus der Schweiz. Der schweizerische Typographenbund zählte nach seinem letzten erschienenen Jahresbericht Ende 1899 1801 Mitglieder. Seine Kasseneinrichtungen leisteten folgende Unterstützung: Reiseunterstützung 5722 Fr., Arbeitslosenunterstützung 4086 Fr., an 48 invalide Mitglieder 16 671 Fr., an Kranke 87 981 Fr. und an Domizil wechselnde 465 Fr. Das Vermögen der allgemeinen Kasse beträgt 45 493 Fr., der verschiedenen Unterstützungskassen zusammen 115 318 Fr. und der lokalen Krankenkassen 87 926 Fr. Die Zahl der in schweizerischen Druckereien aufgestellten Segmashinen beträgt 16. — In St. Gallen haben die Zimmerer durch einen einjährigen Streik einen Minimalstundenlohn von 48 Cts. erreicht, doch können ganz junge und gebrechliche Arbeiter geringer entlohnt werden. — Die Sattler in Biel haben die geständige Arbeitszeit, Freigabe von Kost und Logis, 25 Proz. Lohnzuschlag für Ueberzeitarbeit und noch einige kleinere Forderungen bewilligt erhalten. Und darum mußten sie 4 1/2 Wochen streiken. — In Basel sind die Polizisten in eine Lohnbewegung eingetreten mit folgenden Forderungen: Erhöhung der Vergütung für den Nachdienst, Sicherstellung einer angemessenen Entschädigung für außerordentliche Dienstleistungen, wie Einsatz- und Theaterwache, 52 freie Tage im Jahre etc. Die Unterschriftenbogen zu der bezüglichen Petition zirkulierten auf allen Polizeiposten.

In der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahn in Budapest ist ein Arbeiterstreik infolge von Lohnhöhen ausgetreten. Ueber 2000 Mann sind ausständig.

Aus der Frauenbewegung.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen Oesterreichs. Die Organisationsbestrebungen unter den österreichischen Arbeiterinnen haben in den letzten Jahren recht erfreuliche Erfolge erzielt. In den der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen befanden sich im Jahre 1892: 4263 weibliche Mitglieder, 1896: 5761 und 1899: 9208. Soweit die eigentlichen sachgewerblichen Organisationen in Betracht kommen, finden sich die meisten Arbeiterinnen erklärlicherweise in den Organisationen der Textilindustrie; sie stiegen von 1040 im Jahre 1892 auf 1950 im Jahre 1896. Die stärkste Zunahme weisen die Organisationen der graphischen Gewerbe von 820 auf 1147 und die Glas- und keramischen Gewerbe von 313 auf 949 auf und sodann die Branche der Nahrungs- und Genussmittel von 11 auf 310. Sonst finden sich noch nennenswerte Zahlen weiblicher Mitglieder in den Organisationen der Bekleidungsindustrie mit 433, Bergbau 187, Baugewerbe 104, Eisenbahn-, Verlehrs- und Transportwesen 105. Im Bergbau und Baugewerbe bedeuten die Zahlen gleichfalls eine sehr erhebliche Steigerung seit 1892.

Sociales.

Ueber die Arbeiterauschüsse und die Vertretung der Arbeiter bei Lohn- und sonstigen Streitigkeiten macht der brennische Gewerbeinspektor einige recht wohlwollende Bemerkungen in seinem neuesten, schon einmalig erwähnten Jahresberichte. Es heißt darin:

Der schwierigste Punkt bei diesen Streitigkeiten bleibt immer die Wiederanstellung entlassener Arbeiter und zwar derjenigen, die die Ansprüche der Arbeiter beim Arbeitgeber vertreten und damit das Odium der Ausschüsse auf sich geladen haben. Dem könnte vorgebeugt werden durch Arbeiterauschüsse, das heißt nicht solche, die nur auf dem Papier stehen, deren Mitglieder vom Arbeitgeber der Mehrzahl nach ernannt und den Arbeitern unbekannt sind, sondern solche, die von den Arbeitern erwählt, die Pflicht haben, in regelmäßigen Sitzungen die Wünsche derselben in Gegenwart der Arbeitgeber zu prüfen. Damit würde zugleich ein weiterer Grund zu Verständigungen beseitigt werden, nämlich der, daß andre Arbeiter aus ganz andern Gewerbegruppen mit mangelnder Sachkenntnis das Wort für ihre Kameraden zu führen gezwungen sind, weil die Beteiligten sich aus naheliegenden Gründen der Maßregelung als Vorkämpfer nicht aussetzen wollen und können. So wie die Sachen heute liegen, sind die Arbeiterauschüsse meistens wertlos und die Erfahrung ist mehrfach gemacht worden, daß der Arbeiterauschuss von Lohnbewegungen erst Kenntnis erhielt, nachdem der Ausstand proklamiert war. Andererseits genügt es jedoch auch nicht, daß der Arbeitgeber oder die Direktion in vornehmer Zurückhaltung sich bei den Sitzungen vertreten läßt, sondern gerade die Anwesenheit der maßgebenden Personen, die persönliche Bekanntschaft mit den Mitgliedern des Arbeitsauschusses sowie die gegenseitige Aussprache werden außerordentlich viel dazu beitragen, Schärpen rechtzeitig zu mildern.

Eine solche Stimme in der Wüste wirkt immer wohltuend; es wird aber eine Stimme in der Wüste bleiben. Nur wenn sich die Arbeiter starke gewerkschaftliche Organisationen schaffen, die den Unternehmern Respekt abzwängen und sie zwingen können, in Streitfällen mit den Beamten der Organisation zu verhandeln, und die Arbeitsbedingungen überhaupt durch Verhandlung mit der Organisation festzustellen, nur dann wird der Vertreter der Arbeiterforderungen nicht mehr als ein Aufseher gelten, den man maßregelt.

Zur Leutenot. Auf dem Gute des Königl. Amtsrats Wilhelm Nagel in Giebichenstein bei Halle wurde den 44 polnischen Arbeitern so verdorbenes Fleisch gereicht, daß sie es nicht essen konnten. Sie gingen zur Revierpolizei, um Hilfe zu erbitten. Ein Schutzmann kam, ging zum Inspektor und erklärte dann nach einer Besichtigung des Fleisches, daß es genießbar sei.

Als die Arbeiter sahen, daß ihre Beschwerden bei der Polizei nicht auf das nötige Verständnis zu rechnen hatten, thaten sie, was in solchen Fällen den Arbeitern als letztes Rettungsmittel erscheint: sie gingen zur Redaktion unseres Parteiblatts in Halle und brachten dort ihre Beschwerden vor, die sich auf das Essen im allgemeinen erstreckten. Hier fanden sie auch Hilfe. Es wurde eine sachmännliche Untersuchung des verdorbenen Fleisches veranlaßt und der bereidigte Handelschemiker Dr. W. Lenz in Halle gab folgenden Gutachten ab:

Die Vorprüfung ergab, daß das Fleisch einen ekelhaften Geruch besaß, welcher auf bereits eingetretene Verwesung schließen läßt.

Hierauf wird die Probe als verdorben erklärt.

So schafft man Leutenot und so bringt man auch den rückständigsten polnischen Arbeitern bei, daß sie nur von den Socialdemokraten die Wahrung ihrer Interessen zu erwarten haben.

Die Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe in Berlin hatte am 31. Dezember 1899 8384 männliche und 1361 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern beliefen sich auf 218 189 M. Ausgegeben wurden 29 403 M. für Arztonorar, 25 610 M. für Arznei und andre Heilmittel, 124 985 M. Kranken- und Sterbegeld, 23 008 M. an Heilanstalten. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 13 319 M. Das Vermögen der Kasse beträgt 190 320 M.

Im Laufe des Jahres kamen unter den männlichen Mitgliedern 3098 Erkrankungsfälle mit 89 400 Krankheitstagen und unter den weiblichen Mitgliedern 741 Erkrankungen mit 15 992 Krankheitstagen vor. Es kommen demnach auf jede Erkrankung eines männlichen Mitglieds 18,79 Krankheitstage und auf jede Erkrankung eines weiblichen Mitglieds 21,58. Auf ein männliches Mitglied entfielen bei einem Durchschnittsbestand von 7999 8,67 Krankheitstage, auf ein weibliches Mitglied bei einem Durchschnittsbestand von 1214 aber 13,17 Krankheitstage.

Der chinesische Handel im Jahre 1899. Wir entnehmen dem soeben erschienenen Bericht der chinesischen Zollverwaltung folgende Zahlen: Im Jahre 1899 betrug der gesamte chinesische Außenhandel 480 Millionen Taels (ein Tael etwa gleich 3 M.), d. i. 21 Millionen mehr als 1898. Die Zolleinnahmen betrugen 26 Millionen, gegenüber 1898 3 Millionen mehr. Die Ausfuhr betrug 195, die Einfuhr 264 Millionen Taels. Am meisten zugenommen hat die Einfuhr aus Amerika und Japan.

Der Tonnengehalt der Schiffe, die in den chinesischen Häfen ankamen, betrug 5 479 000 Tonnen gegen 4 927 000 Tonnen im Jahre 1898. Hieran war England und seine Kolonien mit 59 Proz. beteiligt, China mit 24 Proz., Japan mit 7 Proz., Deutschland mit 5 Proz., Frankreich mit 2 Proz. und Schweden, Rußland und Amerika mit je 1 Proz.

Das Verfahren gegen die Familie Gluth.

Am Dienstag, 10. April wurde Hrl. Ledermwalt ermordet und beraubt. Die That wurde erst am andern Nachmittag entdeckt. Sie war mit einem Handwerkzeug (Sichel) begangen. Die Ermordete hatte sich gewehrt; unter ihren Fingerringen fanden sich Haut und Blut; sie mußte also ihrem Feinde Kratzwunden beigebracht haben.

Der erste Verdacht fiel auf einen Unbekannten, den man wiederholt auf dem Hofe hatte „baldornen“ sehen. Gegen diesen richtete sich die erste Bekannmachung des Polizeipräsidiums, in der 1000 M. Belohnung ausgesetzt wurden.

Am Donnerstagabend (12. April) war aber auch schon die Familie Gluth der Polizei verdächtig geworden, und zwar, wie aus den verschiedenen Mitteilungen an die Presse hervorgeht, zunächst aus keinem andern Grund als aus dem Umstand, daß der Nord mit einem Stechbeutel vollführt worden ist. Die Brüder Gluth wurden Donnerstag schon sistirt, aber in der Nacht wieder freigelassen.

Es vergingen acht Tage, ohne daß etwas ermittelt werden konnte. Einige Verhaftungen wurden wieder aufgehoben.

Dann erst verhaftete man den Tischler Gluth und zwei von seinen Söhnen, Willy und Georg (in der ersten Mitteilung hieß es: Max und Georg). Am Donnerstag, 19. April, früh 5 1/2 Uhr, wurde die Verhaftung ausgeführt und zwar zunächst auf keinen andern Verdacht hin, als den aus dem Stechbeutel. Die Hausdurchsuchung ergab einige Funde, welche den Verdacht bestärkten: Blutige Schuhe und Kleider des ältesten der beiden Söhne. Besonders heftete sich die Untersuchung an einen der bei der Ermordeten gefundenen frisch gefeilten Schlüssel; Georg Gluth, der in einer Schlosserei arbeitete, hatte sich einen Schlüssel gefeilt; man nahm an, daß er auch den bei der Ermordeten gefundenen gefeilt habe. Das Alibi dieses Georg wurde zwar als bald nachgewiesen. Das hätte die Polizei jützig machen sollen. Hier setzte aber sofort jene verhängnisvolle „Menschlichkeit“ ein, die gern glaubt, was sie wünscht. Man machte also den Schluss, den ein unbefangenes Denken ablehnt, daß Willy die Kleider Georgs getragen und von Georg den Schlüssel erhalten habe. So veränderte dann der Polizeibericht am Sonnabend, 21. April, daß kaum noch ein Zweifel an der Thäterschaft des Willy Gluth bestebe. Man behauptete, daß nur ein schwächlicher Burke die That vollführt haben könne; deshalb könnte der Vater Gluth nicht in Betracht kommen; höchstens als Helfer — man hatte Geld bei ihm gefunden, dessen Erwerb er nicht nachweisen konnte. Endlich aber ging ein abenteuerlicher Bericht durch die Blätter über Willy Gluths Benehmen an der Leiche. Vor dem gerichtlich zugerichteten Leichnam sei er erdhalt zusammengebrochen. Der „erfahrene Kriminalbeamte“, so hieß es, war nun von der Schuld des jungen Menschen überzeugt.

Von diesem Augenblick an hat man offenbar die Suche nach andern Spuren vernachlässigt.

Die Gesundheit der Frau Gluth war durch die Verhaftung der Angehörigen schwer erschüttert.

Am Sonnabend, 21. April, nachmittags wurde der Vater Gluth aus der Haft entlassen, die Söhne nicht.

Schon am Dienstag, 24. April, meldeten die Berichte, daß sowohl der Verdacht, der sich an den Schlüssel knüpfte, hinfällig sei, weil dieser sehr sorgfältig gefeilt sei, während Georg Gluth kein gelernter Schlosser ist. Ebenso lag bereits ein ganz einwandfreier Nachweis der Blutflecke auf Kleidern und Stiefeln des Georg Gluth vor: Max Gluth, ein dritter Sohn, hatte sich den Daumen verletzt und stark geblutet.

Blutspuren am Hemde des Georg Gluth, die nicht wohl von der Wunde des Bruders Max herrühren konnten, fanden am Freitag, 27. April, ihre Aufklärung durch die Vernehmung eines Mädchens, mit dem Georg Gluth Umgang gehabt hatte.

In diesem Moment stellte sich zum zweitenmal die verhängnisvolle „Menschlichkeit“ heraus, durch welche man sich in eine Meinung verließ, an deren Ursprung oder Fortgang man beteiligt ist. Trozdem alle Verdachtsmomente soweit enträthelt waren, daß man auf den Rest hin zur Verhaftung nicht geschritten wäre, hielt man die einmal verhängte Haft aufrecht. Man behauptete, daß die Sache mit dem Schlüssel und den Blutflecken auf den Schuhen des Georg Gluth nicht genügend aufgeklärt sei. Nachher stellte sich heraus, daß auch auf den Schuhen des betreffenden Mädchens sich Blutflecke befanden hatten.

Georg Gluth, dessen Alibi vom ersten Tag an nachgewiesen war, wurde am Sonnabend, 28. April, aus der Haft entlassen, Willy nicht.

Am 22. April hatte das „Berl. Tageblatt“ geschrieben: „Die Untersuchung in der Ledermwältigen Mordthat hat infolge einer bemerkenswerten Klärung erfahren, als der alte Gluth bereits wieder aus der Haft entlassen ist. Auch sein Sohn Georg wird jedenfalls noch heute auf freien Fuß gesetzt. Gegen beide lag von vornherein weder der Verdacht der Thäterschaft noch der als Mitwisser vor, ihre Verhaftung wurde lediglich deshalb verfügt, um einer Verdunkelung des Thatbestands vorzubeugen. Für die Kriminalpolizei kam von vornherein nur Willy Gluth als Thäter in Betracht.“

Wir müssen dem genannten Blatte die Verantwortung für diesen Bericht überlassen; eine richtige Klärung durch die Behörde ist nicht erfolgt. Dazu hätte um so mehr Veranlassung vorgelegen, als in dieser Meldung den Behörden ein Vergehen oder Verbrechen vorgeworfen, das nach den §§ 341 und 339 des Strafgesetzbuchs mit Zuchthaus, mindestens aber mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird. Denn eine Verhaftung auf Kollosionen (Verdunkelungs-) Verdacht ist nur gegen Angeklagte, nicht gegen Zeugen oder Angehörige statthaft.

Gegen Willy Gluth trat nun jene unheilvolle Verschiebung der Rollen ein, die es bald dahin bringt, daß dem einmal Verdächtigten die Beweislast aufgebürdet wird. Er sollte sein Alibi nachweisen. Wenn man den Aussagen der Angehörigen Glauben beimessen

wollte, wurde auch dieser Beweis erbracht. Trozdem wurde die Haft aufrecht erhalten. Am Mittwoch, 2. Mai, lehnte die Strafammer die von der Verteidigung beantragte Haftentlassung ab. Das Kammergericht trat diesem Beschlusse bei.

Es ist nicht ganz aufgeklärt, worauf es zurückzuführen ist, daß nun am Montag auch Willy Gluth entlassen worden ist. Was in der Presse darüber mitgeteilt wird, kann nur so verstanden werden, daß man den Umschwung der Auffassung plausibel zu machen versucht.

Ohne Zweifel hätte Willy Gluth spätestens zu Anfang des Monats entlassen werden sollen. Ja, er hätte gar nicht erst verhaftet werden sollen, weil man an ihm nicht die Kratzwunden fand, die nach dem Befunde Hrl. Ledermwalt ihrem Mörder zugesügt haben muß. Von diesen ist nachher in den Berichten n e m e h r die Rede gewesen!!!

Der ganze Hergang ist ein beachtenswertes Zeugnis der **W e s a n g e n h e i t**, die sofort über das menschliche Urteil Recht gewinnt, wenn dies Urteil durch jenes Interesse getrübt wird, das sich bei den an einer wichtigen Sache Mitwirkenden und an einer aufgetauchten Meinung Beteiligten sofort einstellt.

Der Krieg.

Die Engländer in Johannesburg.

London, 29. Mai. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.) Feldmarschall Roberts telegraphiert aus der Johannesburger Vorstadt Germiston: Wir sind hier heute nachmittag, ohne ersten Widerstand gefunden zu haben, eingetroffen. Von unserer Centralkolonnen sind bis jetzt keine Verluste gemeldet und nur sehr wenige von der Kavallerie-Division und der berittenen Infanterie-Division. Der Feind erwartete uns erst morgen und hat deshalb einen Teil des Eisenbahn-Materials zurückgelassen. Wir halten den Knotenpunkt der Eisenbahn, welche Johannesburg mit Natal, Pretoria und Alexsdrorp verbindet, besetzt. Die Stadt Johannesburg ist ruhig. Die Minen sind, wie ich erfahre, unbeschädigt. Ich werde morgen früh den Kommandanten auffordern, sich zu ergeben. Ich erwarte keinen Widerstand und gebe mir morgen mittag mit dem Heere in Johannesburg einzuziehen.

Von General Buller

liegen folgende Meldungen vor:

Mount Prospect, 29. Mai. Die britischen Truppen haben sehr starke Stellungen besetzt, welche Majuba und den Laingsnel beherrschen. Die Boeren richteten gestern abend ein wirkungsloses Feuer auf die britischen Stellungen. Die britischen Vorposten auf beiden Flügeln waren heute in ein Gefecht verwickelt. Eine zwölfpfünder-Batterie verhinderte die Boeren, ein Geschütz auf einem Hügel am Vothopah aufzustellen.

Newcastle, 29. Mai. Eine Proklamation des Generals Buller läßt an, daß die britischen Truppen nunmehr durch Transvaal rücken und daß den an der Marschstraße wohnenden Personen jeder Schuß gewährt werden wird, vorausgesetzt, daß sie sich neutral verhalten, daß die Bewohner jedoch mit ihrer Person und mit ihrem Eigentum verantwortlich gemacht werden, falls die Eisenbahn oder Telegraphen beschädigt, oder wenn eine Gewaltthat gegen einen britischen Soldaten in der Nähe ihrer Wohnungen verübt werden sollte.

London, 30. Mai. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Newcastle von gestern gemeldet: Die Schiffsgeschütze in Mount Prospect eröffneten heute früh ein heftiges Feuer auf die Stellungen der Boeren bei Poggiani und Laingsnel, das vom Feind ohne Erfolg erwidert wurde.

Wie die leitenden Kreise in England über die **Annexion der Boerenrepubliken** und die künftige Verwaltung derselben denken, verrät folgendes Telegramm:

London, 30. Mai. In seiner gestrigen Rede bei dem Festmahl der Londoner Konservativen sagte Lord Salisbury noch folgendes über die Regelung der südafrikanischen Frage: Wir können keine Sicherheit erlangen, so lange wir den beiden Staaten auch nur ein Stückchen einer wirklich unabhängigen Regierung lassen. Unsere Verantwortlichkeiten sind doppelt; wir müssen die vernachlässigten eingeborenen Rassen schützen und andererseits unsere Politik so leiten, daß so weit es möglich ist, Versöhnung an die Stelle der Abneigung und des Zwistes tritt. Alles steht aber hinter einem Erdbeben zurück, nämlich dem, daß in dem ganzen Gebiet keine geheime Bewegung unter Personen besteht, die der Königin oder dem Reiche feindlich gesinnt sind.

Letzte Meldungen.

Pretoria, 29. Mai. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Die englischen Truppen, welche am Sonnabend den Coastzug in der Nähe von Vereeniging überschritten, griffen gestern die Boeren bei Witwatersand an, wurden aber von den Boeren unter Louis Botha zurückgeschlagen. Die Boeren, welche den ganzen Tag heftig beschossen wurden, gelang es, die **englischen Stellungen zu nehmen**. Die Verluste der Engländer sollen beträchtlich sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großer Brand in London.

London, 30. Mai. (V. G.) Heute nachmittag brach im Queen Victoria-Viertel ein heftiges Feuer aus. Zahlreiche große Läden befanden sich in dieser Stadtgegend; es herrscht die Befürchtung, daß das ganze Stadtviertel eingeäschert werden könnte. Mehrere Feuerwehren wurden zur Bekämpfung des Brandes requiriert. Der Schaden beträgt schon jetzt **mehrere hunderttausend Pfund Sterling**.

Brüssel, 30. Mai. (V. G.) Das „Journal de Bruxelles“ berichtet, daß der Abgeordnete Janson auf sein Kammermandat zu Gunsten seines Senatsmandats verzichtet.

Freundenverfolgung in China.

London, 30. Mai. Dem Reuterischen Bureau wird aus Peking von gestern gemeldet: Der hiesige Korrespondent des Reuterischen Bureaus und zwei andre Europäer ritten heute nach Fengtai, um den von den Bogern angerichteten Schaden, der auf eine halbe Million Taels geschätzt wird, zu besichtigen. Als die Herren durch das Süd-Thor nach Peking zurückkehrten, fanden sie die Strohen von Soldaten besetzt; sie wurden von den Soldaten mit **Steinen beworfen**, ritten aber im Galopp durch und erlitten einige leichte Verletzungen.

Aus Tientsin wird dem genannten Bureau berichtet: Zum Schutze der fremden Gesandtschaften sind Truppen-Detachements der verschiedenen auswärtigen Mächte, jedes hundert Mann stark, nach Peking beordert worden, der Birellion lehnt es aber ab, die Beförderung dieser Detachements auf der Eisenbahn von Tientsin nach Peking ohne Genehmigung des Tzung-li-Jamen zu gestatten. In Tientsin sind fünf russische und ein englisches Kriegsschiff eingetroffen; von letzterem wird jetzt eine Abteilung gelandet. In Tientsin wurden 106 Amerikaner mit einem Maschinen- und einem Feldgeschütz gelandet; Tientsin ist nicht in Gefahr.

Branden, 30. Mai. (V. G.) Der „Gesellige“ meldet: Große **erregte Volksansammlungen** fanden in der Nacht zum Mittwoch in der Danzigerstraße in R o n i z statt, da irrthümlicherweise vermutet wurde, der Fleischmeister Hoffmann sei verhaftet. Eine Anzahl Fenster jüdischer Einwohner wurden eingeworfen. Eine Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 14 ist, um größeren Unruhen vorzubeugen, von hier nach Ronig abgerückt.

Paris, 30. Mai. (V. G.) Die Gemeinderäte wählten heute den Nationalisten Grebaud zum **Präsidenten des Gemeinderats**.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag. Der Stadtrat von Mainz hat auf ein Gesuch unserer dortigen Genossen die Stadthalle zur Abhaltung unseres Parteitags für die Zeit vom 16. bis 23. September zur Verfügung gestellt.

Partei-Presse. Die „Leipziger Volkszeitung“ erhöht vom 1. Juni ab ihren Abonnementspreis um 10 Pf. pro Monat, so daß sie von da ab 70 Pf. mit freier Zustellung, 60 Pf. bei Selbstabholung kosten wird. Begründet wird die Maßregel hauptsächlich mit der durch den Papierkrieg herbeigeführten Erhöhung der Papierpreise.

Ein historisches Dokument. In Dolzheim bei Wiesbaden kam in einer öffentlichen Versammlung auch das Parteijubiläum zur Sprache. Dabei teilte ein dortiger Genosse mit, daß er im Besitz der Einladung zu einer losfallantischen Versammlung in Diebrich aus dem Jahre 1867 sei, die bei der Restauration der Dolzheimer Kirche unter dem — Altar vorgefunden wurde.

Geriichts-Beitrag.

Ein Stück antisemitischer Propaganda der That führte gestern den Kaufmann Wilhelm Weigel vor das hiesige Schöffengericht. Der Kaufmann Nathan Hartmann hatte gegen ihn eine Privatklage erhoben und behauptet, von ihm beleidigt und mißhandelt worden zu sein. Der Privatkläger wurde eines Tags von dem aus einem Café der Friedrichstraße kommenden Angeklagten angerempelt und als er sich dagegen auflehnte, bedroht. Der Angeklagte soll nach dem Zeugnis des Herrn Hartmann in drohender Haltung auf diesen zugegangen sein und ihm zugerufen haben: „Verfl. . . . Judenjunge! Ich warte schon längst darauf, einem Judenbengel ein paar hinter die Ohren geben zu können!“ Der Angeklagte holte dann noch selbst einen Schuhmann herbei und verlangte von diesem Schutz gegen die angeblichen Belästigungen durch den Privatkläger. Der Beamte ging mit den beiden Parteien auf einen nahegelegenen Hausflur und während er noch damit beschäftigt war, ihre Persönlichkeiten festzustellen, schlug der Angeklagte über den Arm des Schuhmanns hinweg den Privatkläger plötzlich mit der Faust ins Auge, so daß letzterer längere Zeit ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Trotz dieser Behandlung war der Privatkläger in einem vorigen Termin bereit, auf einen Vergleich einzugehen, er verlangte nur durch den Mund seines Vertreters, Rechtsanwalt Blaschauer, daß der Angeklagte sein Bedauern aussprechen und 50 M. an die Unterstützungskasse der jüdischen Gemeinde zahlen solle. Der Vergleich scheiterte, da der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Berthauer, gleichzeitig die Erklärung verlangte, daß der Privatkläger auf jeden weiteren Wuchenspruch verzichte. Da der Angeklagte außerdem die Widerklage erhob und hierzu Beweisanträge gestellt wurden, mußte damals der Termin vertagt werden. Im neuen Termin verzichtete die Beweise zur Widerklage, während der Thatbestand nach den Behauptungen des Klägers im Allgemeinen festgestellt wurde. Rechtsanwalt Dr. Blaschauer

beantragte eine nachdrückliche Bestrafung, da der Angeklagte den gebildeten Ständen angehöre, und gerade von denjenigen, die so verächtlich auf die Juden herabblicken, verlangt werden müsse, daß sie in Bezug auf Verwahrung von Sitte und Anstand mit gutem Beispiel vorangehen. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme wegen der Beleidigungen zu 100 M. Geldstrafe und wegen der Mißhandlung zu zwei Monaten Gefängnis.

Wegen Mißhandlung seines Schwagers stand gestern der Privatier Dr. Nauter v. Rüdiger vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I. Er hatte gegen ein Urteil des Schöffengerichts, welches ihn seiner Zeit zu 50 M. Geldstrafe verurteilt hatte, Berufung eingelegt. Ursprünglich war auch sein Vater, der Baumeister Nauter v. Rüdiger mit angeklagt gewesen, das Schöffengericht hatte diesen aber freigesprochen. Der Kaufmann Hugo Vellgart hat die Tochter des Baumeisters wider dessen Willen geheiratet und aus diesem Umstande entwickelte sich eine bittere Feindschaft zwischen Schwiegervater bezw. Schwager und Schwiegerohn, die zu ganz abnormen, seiner Zeit in der Öffentlichkeit auch besprochenen Verhältnissen führte. Vater und Bruder hatten schließlich Frau Vellgart bewogen, ihrem Ehemann zu verlassen, dieser hatte längere Zeit keine Kenntnis von ihrem Verbleib, endlich erfuhr er, daß seine Ehefrau in einer von ihrem Vater gemieteten möblierten Stube logierte. Er behauptet, daß er am 4. September auf den eignen Wunsch seiner Ehefrau sich aufgemacht habe, sie zu besuchen. Er habe sie nicht zu Hause getroffen und mehrere Stunden auf sie gewartet. Damit sei sie in Begleitung ihres Vaters erschienen und habe nun bei seinem Anblick ein so heftiges Nervenzittern bekommen, daß sie nur mühsam die Treppe hinaufgeführt werden konnte und sich ins Bett legen mußte. Der Vater, der mit in die Wohnung gekommen sei, habe sich unter Ausstoßung einer Drohung entfernt, sei aber in Begleitung seines Sohns, des Dr. N., zurückgekehrt und dieser habe sich, mit einer Reitpeitsche bewaffnet, in die Thür gestellt und mit ihm Streit angefangen. Dabei habe der Angeklagte, der Offiziers-Aspirant sei, ihn zugerufen: „Sie dämlicher Kommissärnippel“, worauf er erwidert habe: „Dann sind Sie ein degradierter Wachtmeister!“ Nunmehr habe der Angeklagte die Reitpeitsche erhoben und auf seinen Kopf losgeschlagen, so daß er eine 4 Centimeter lange und 2 Centimeter tiefe, bis auf den Knochen gehende und stark blutende Wunde davon getragen habe und 19 Tage arbeitsunfähig gewesen sei. Der Angeklagte bestritt entschieden, geschlagen zu haben, und behauptete, von seinem Schwager zuerst beleidigt worden zu sein. Der Schlag mit der Reitpeitsche und die damit hervorgerufene Verwundung wurde jedoch von einem unparteiischen Zeugen bestätigt. Während Rechtsanwalt Dr. Davidsohn ausführte, daß sich der Angeklagte in dem Zustande der Ehren-Rotwehre befunden, erklärte Rechtsanwalt Dr. Hertwig, daß Angesichts der ganzen Sachlage und der Stärke der Mißhandlung die erkannte Strafe außerordentlich milde erscheine. Derselben Ansicht war auch der Gerichtshof, der auf Verwerfung der Berufung erkannte.

Marktpreise von Berlin am 29. Mai 1900. Table with 4 columns: Commodity, Price, Unit, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

ab Bahn. *) frei Wagen oder ab Bahn. Produktmarkt vom 30. Mai. Getreide. Der Frühmarkt war sehr still, da effektive Ware knapp ist, und die sächsischen Provinzen hohe Preise bezahlen. Mittags entwickelte sich für die Lieferungen ein lebhafterer Geschäft bei vorwiegend fester Tendenz. Besonders Weizen legte höher ein, doch auch Roggen konnte sich gut behaupten, da ungünstige Saatenhandberichte aus Schlesien simulierten. Schwächere Preisbewegungen Deutschnagars wurden durch festere Rottierungen in Nordamerika paralysiert. Späterhin trat am Weizenmarkt auf Gewinnrealisationen, am Roggenmarkt auf billigere russische Offerten ein leichter Rückgang ein. Die Schlusspreise stellten sich für Weizen wenig über gestern, für Roggen vorn etwas schwächer, für Gerstlichen behauptet. Hafer war behauptet bei minimalem Handel, Mais fest auf Amerika. Rübsen gab auf Pariser Anregung 0,20 M. nach. Spiritus. Spiritus loco unverändert.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 30. Mai 1900. Amtlicher Bericht der Direktion zum Verkauf standen: 638 Rinder, 5253 Kälber, 1392 Schafe, 14584 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: a) vollfleischige, ausgewaschene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 48-50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewaschene Färsen höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewaschene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewaschene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44-47; e) gering genährte Kühe und Färsen 41-43. — Kälber: a) feinste Wollschäfer (Wollmischschaf) und beste Saugkälber 71-74, b) mittlere Wollschäfer und gute Saugkälber 60-65, c) geringe Saugkälber 50-55, d) ältere, gering genährte (Fleisch) 00-00. — Schafe: a) Wollschäfer und jüngere Wollschäfer 60-63, b) ältere Wollschäfer 53-58, c) mäßig genährte Wollschäfer und Schafe (Wollschäfer) 47-50, d) polsteiner Niederungsschafe (Lebensgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 44-45, b) Kälber 00-00, c) fleischige 42-43, d) gering entwickelte 39-41, e) Sauen 37-38.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieb ungefähr die Hälfte unverkauft. Der Kalberhandel gestaltete sich bei dem überreichen Angebot schleppend; es wird kaum anderwärts. Bei den Schafen blieben etwa 100 Stück unverkauft übrig. Der Schweinemarkt verlief schleppend und wird nicht ganz geräumt. Schwere, fette Ware war vernachlässigt.

A. Jandorf & Co. C. Spittelmarkt 16/17. * SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.



Bambusstuhl 2.60 hell 2 M.



Bambusbank 7.50 hell 7 M.



Bambustisch 3.25 hell, Platte ca. 72x45 cm. 3 M.



Hocker, hell, 1.75 Fussbank, hell, 90 Pf. 1 M.



Bauertisch 2.50 hell 2 M.



Feldstuhl 35 Pf. 35 Pf.



Triumphstuhl 1.85 M. 1.85 M.

- Triumphstuhl mit Armlehne 2.35 M.
Triumphstuhl mit Armlehne u. Beinstütze 3.50 M.
Feldstühle 35 Pf. 45 Pf. 85 Pf. 95 Pf.
Hängematten 95 Pf. 1.65 M. 2.25 M. 2.65 M. 4.00 M.

Ganz besonders preiswerthes Angebot!!! Postkarten-Album für 400 Karten 95 Pf. Nur so lange der Vorrath reicht.

- Kindersportwagen 5.00 M.
Rollschutzwände, alle Größen vorrätig, 1 Meter 6.50 M.
Ruhebett mit Diagonalbezug 27.00 M.
Polsterbettstellen mit bronziertem Eisengestell 6.85 M. 7.85 M. 9.85 M.

Eiserne Gartenmöbel Stuhl 2.25 M., Tisch 8.25 M., Bank 6.25 M.

Gartendecken in vielen Mustern 95 Pf. 1.20 M. 1.45 M. 1.65 M.

Schuhwaaren.

- Damen-Schnür-, Knopf- u. Spangenschuhe, Rosseleder 3.75 M.
Damen-Schnür-, Knopf- u. Spangenschuhe, gelb Ziegenleder 3.90 M.
Damen-Knopfstiefel, Rosseleder 4.50 M.
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel, gelb Ziegenleder 6.50 M.
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel, Chevreauleder 5.50 M.
Damen-Hausschuhe, gelb Leder 2.25 M.
Damen-Hausschuhe mit Absatz, gelb Leder 2.90 M.
Damen-Segeltuchschuhe mit Absatz, braun 2.50 M.

- Kinder-Ziegenleder-Knopfstiefel, braun 4.50 M.
Kinder-Ziegenleder-Schnürstiefel, 4.25 M.
Kinder-Ziegenleder-Knopf-, Schnür- und Spangenschuhe, braun 3.25 M.
Kinder-Segeltuch-Schnürschuhe, m. Abs. braun 1.75 M.
Herren-Ziegenleder-Schnürschuhe, braun 5.25 M.
Herren-Ziegenleder-Hakenstiefel, braun 8.50 M.
Herren-Segeltuch-Schnürschuhe, m. Abs. 3.00 M.
Damen-Melton-Pantoffel in allen Farben 65 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 31. Mai.
Opernhaus. Das eiserne Pferd. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Graduis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Alte Wiener. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Die Dame von Rom. Anfang 7 1/2 Uhr.
Witten. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Klobe. Der Diener zweier Herren. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eniten. Die Frau weint, die andre lacht. Anfang 8 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Kämpfende Armut. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Kanonenkönigin. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Die Mädchenhändler von Europa. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Ein Abenteuer im Harem. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Schwan in 3 Akten nach Harry u. G. A. Paulsen u. Viktor Stumme.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Aufspiel in 2 Akten v. Carlo Goldoni.
Freitag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schulmeisterin.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Orientreise.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Gastspiel
Annie Dirksen.
Wie man Männer feiert.
Soubrette - Posse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Wie man Männer feiert.

Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurterstr. 132.
Kämpfende Armut.
Sociales Schauspiel in 3 Akten v. G. Körner.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten täglich:
Gr. Frei-Konzert von 7-11 Uhr.

Central-Theater

Sensationeller Lacherfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfums. (Wunderdes Ballett.)
Bis inkl. Sonnabend: Berlin nach Elf.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr:
Ein Abenteuer im Harem.
Beszer: 10 hervorragende Spezialitäten.
Kaffeevorstellung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Am 1. Juni:
Venus auf Erden.

W. Noacks Theater.

Brünnelstr. 16.
Eröffnung d. Sommer-Saison am ersten Pfingstfesttag. Täglich im Garten
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Im Saal: **Großer Ball.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
"Von den Alpen zum Vesuv".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Riesen und **Zwerge.**
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Der berühmte Magier **Mr. Roberts.**
Die weltberühmte **Hohenzollern-Galerie.**
Die Helden des Transvaal-Kriegs. Der französische Saal. Im Restaurant täglich mittags und abends **Grosses Konzert**

Belle-Alliance-Theater.

(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern mit einem Prolog von Dr. W. Wilhelm Meyer.
Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlich. Sommergarten: (vornehmstes u. großartigstes Sommer-Stabiliment der Residenz)
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Variété-Vorstellung, vornehmster Genres. Weltberühmte Flammanden.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Saisonkarten an der Kasse.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Erlembte Walden-Jordan.
Die Kanonenkönigin.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Barnum & Baileys

grösste **Schaustellung der Erde.** **Kurfürsten-Damm.**
Heute um 3 und 8 Uhr und zweimal täglich um dieselbe Zeit. **Nur bis zum 10. Juni.**
Die Sehenswürdigkeiten sind um 1 und 6 1/2 Uhr zu besichtigen. Biletverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von 1 bis 4 1/2 Uhr und von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr ausgestellt.
Aufregende waghalsige Rennen. Wirkliches Wettstreit a. d. Hippodrom wie ehemals im alten Rom.
Gr. Pferde-Ausstellung. Vorführung des ausgezeichneten Gestüts amerikanischer Renn- und Zug-Pferde. - Prachtvoller Aufzug der herrlichen Tiere der BARNUM & BAILEY'schen Ställe durch die Hippodrom-Bahn.
Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Circus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. numerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1. Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind numeriert mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm Cigarren-Importeur, Unter den Linden No. 47.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr** **Sonntags 7 Uhr**
Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 30 Pf.

Neues Klub-Haus

Reben Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** (45-50) Große und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten etc. zu vergeben. Einige Sonntags u. Sonntags nach frei. H. Ebert

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme.

Inh.: **Hermann Peter.** (Vorm. Kurras).
Empfehle mein alldarum, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfzüge, Regeldampfen, große Kaffeehalle. Gute Küche u. beheizte Bier u. andere Getränke zu solid. Preisen

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schütz
Telephon I 2120.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Südschweizer Operette (sowie das neue erstklassige Mai-Spezialitäten-Programm Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags). Rauchen überall gestattet.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art. Ohne jede Konzurrenz. Billigste Familien-Unterhaltung. Wochent. abends 8 Uhr freies Entree.
Waffen-Konzerte.
Hallen, Janitscharen-Bande Rocca, Turifer Alpenjäger Michel Köppl, Russisches Orchester Kaiser, Österreichische Damenkapelle Gungard. Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.

Halensee.

Sommer-Theater "Kurfürstenpark"
Ludwig Kluge.
Kritische Zeitung: Direkt. Oscar Wagner. Sonnabend, den 2. Juni, abds. 8 Uhr: **Eröffnungs-Vorstellung.** Randels Gärtenprebigen. Aufspiel in 1 Akt von G. von Koler. **Guten Morgen, Herr Fischer!** Singpiel in 1 Akt von Friedrich. **Chyffens Heimkehr.** Burleske in 1 Akt nach dem neu entdeckten Tagebuch des alten Homer von Oscar Wagner. Musik von Fritz Kreisler.
Am 1., 2. und 3. Pfingstfesttag, nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr: **Grosses Festvorstellungen.** Preise der Plätze: Rangloge 1,50 Mk., 1. Parterre 1,25 Mk., 2. Parterre 1 Mk., Seitenparterre 0,50 Mk.
Nachmittags: Kleine Preise.

„See-Terrasse“, Lichtenberg.

(Die breite Röderstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg) Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Täglich: Konzert der Römer Bersaglieri.
Täglich vorzügl. Elite-Programm im Variété-Theater.
Novität: **„Lichtenberg auf Stelzen“** Kolossaler Lacherfolg!
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.
Großer Vergnügungspark. 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stellungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen. Entrees an Sonn- u. Wochentag. 10 Pf., an Feiertag u. Feuerwerktag. 20 Pf., Kinder an allen Tagen frei.

Arbeiter Berlins!

Von den Hirschenwälder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Vorkauforderungen der Arbeiter be-
müht: H. Sporn, Dietrich (Hansisch Nachf.), K. Weigel, R. Klähr, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinike, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras, R. Bar, Reinhold Kaiser, Karl Ullrich, Fritz Hartung, Paul Winkler.
Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.
Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Ausstellung im Zoologischen Garten.
Eröffnung am 1. Juni!!
Unsre neuen Landsleute
Samoa.
aus **Urwald - Samoanisches Dorf.** Tropenlandschaft.
Männer, Frauen, Kinder von Samoa.
Die Dorfjungfrau von Falealupo.
Krieger Matasafas und Malietoas.
Die Ausstellung „Samoa“ wird an tropischer Schönheit und Naturwahrheit alles bisher auf diesem Gebiet Gezeigte übertreffen.
Schön, interessant, lehrreich.

Schweizer-Garten.
Am Königsthor. - Haltestelle der Ringbahn - Am Friedrichshain.
Am 1. und 2. Feiertag: **Früh-Konzert und Vorstellung** der neuen Theater- und Spezialitäten-Comedies
Nachm. von 4 Uhr ab: Extravorstellung zum Beginn der Hauptaktion **Neu-Programm mit 36 Spezial-Nummern.**
Szenario-Compagnie, mit großartiger Ausstattung. Geschw. Kasch, exzellente Soubrette. **Ella u. Max Wendt, Alstria-Quintette** The two Paulys, die dem Savon-Tennis-Ding. **Mita Roselly, Ebon** Jeanette ercentrause **Ella Bertini, Intern. Sängerin und Tänzerin** **Harnisch, Frey u. Schuke, Gelangsumoriden** Gesellschaft **Excelsior** (7 Damen), Evolutionen, lebende **Wilder Carryton-Familie, 5 Peri,** Akrobaten u. Gauklerinnen. **Mr. Wo-ham-to, Brodutionen am Bambus,** **Eugen Mikardo, moderne Konfuzieren** **Horvay Trio, musk. Phantasten,** **Charles Ernesto** mit seinen mysteriösen Geleuten **Fransiska Wüsch,** **Rollschuhreiter.** - Von 4 Uhr ab: **Täglich Theater u. Spezialitäten-Vorh.** **Am 2. Feiertag ab: Täglich Ball.** **Sollbesichtigungen** aller Art. Entree täglich 30 Pf., am 2. Feiertag nachm. 50 Pf. Die Kaffeehalle ist am 1. und 2. Feiertag geschlossen.

Neues Klub-Haus

Reben Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** (45-50) Große und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten etc. zu vergeben. Einige Sonntags u. Sonntags nach frei. H. Ebert

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme.

Inh.: **Hermann Peter.** (Vorm. Kurras).
Empfehle mein alldarum, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfzüge, Regeldampfen, große Kaffeehalle. Gute Küche u. beheizte Bier u. andere Getränke zu solid. Preisen

Bekanntmachung.

An die Gewerkschaften Berlins!
Auf verschiedene an und ergangene Anfragen erklären wir hiermit, dass trotz wiederholter Versuche unversehrt, untern für beide Teile kostlosen Arbeitsnachweis zur Anerkennung zu bringen dieselben, bisher bei folgenden Herren völlig ergebnislos waren:
in **Berlin**, V. Wollf, bei dem Herrn Direktor **Strowe**, „Schweizer-Garten“, Am Königsthor;
in **Neumühle** bei den Herren **C. Seier**, Restaurant „Zur Schlenze“, und **R. Riedel**, Restaurant „Zur Neuen Mühle“.
Der Vorstand
der Ortsverwaltung Berlin des Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen.

Parquetbodenleger!

Heute, Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags Punkt 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15 (Saal D):
Versammlung.
Tagesordnung: Befähigung des Rekrutens der Verhandlungen mit den Fabrikanten. Verschiedenes. 80/19

Central-Krankenkasse der Maurer etc.

Freitag, den 1. Juni, abends 8 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Juchstraße Nr. 10, vorn 2 Treppen.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. 149/4
Zur Beachtung! Mittwoch, den 6. Juni, bleibt das Bureau wegen Umzugs nach dem Gewerkschaftshause geschlossen.
Für die Verwaltung: **P. Hoffmann.**

Freie Volksbühne

V. Abteil.: Sonntagnachm. 2 1/2 Uhr im **Carl Weiss-Theater:**
1. **Abschied vom Regiment.** Aus dem Einakter-Cyklus „Die Befreiten“ von O. E. Hartleben.
2. **Fritzchen.** Drama in 1 Akt von Hermann Sudermann.
3. **Abschiedssouper.** Aus dem Anatol-Cyklus von A. Schnitzler.
Achtung! Ordner. 2 Pfingstfesttag früh 7,35 Min. Schlesischer Bahnhof: Auszug nach Erkner, bis 11 Uhr Treff in Brodts Gesellschaftshaus, mit Familie.
Der Vorstand. I. A.: **G. Winkler.**

Waldkater-Friedrichshagen

Den 2. Pfingstfesttag **Frei-Tanz und Frei-Konzert** des Musikvereins „Vorwärts“. Die Kaffeehalle ist von 2 Uhr an geöffnet.
Um gütigen Besuch bittet **Carl Frick.**
Wo ist der schönste Garten? In **Rixdorfs Vereinsbrauerei!**
Frei-Konzerte, Kaffeehalle, Kegelbahnen etc. **Martin Veradt, Gastwirt.**

! Sojen, Anzüge, Paletots!

vorjährige Maßbestellungen. **Halbe Kostenpreis.**
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung, 47012
Münzstrasse 26, part.

Wedding-Park

Müllerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
In den drei Feiertagen:
Grosses Frei-Konzert und Ball
ausgeführt von der 47800*
Sauskapelle unter Leitung des Musikdirektoren **Herrn Koch.**
Am 2. und 3. Feiertag: **Grosser Ball!**
Am 2. Feiertag: **Früh-Konzert.** Anfang 5 Uhr.
Eröffnung der Kaffeehalle 4 Uhr morgens.
7 verbedte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind - Sollbesichtigungen aller Art - Kaffeehalle täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet - Vom 9. Juni ab jeden Dienstag u. Sonnabend Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger **W. Trapp.**

Max Kliems Sommer-Theater

46600* **Hausenhalde 13-15.**
Heute sowie jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
In allen drei Sälen: **Großer Ball.**
Eröffnung der Sommerferien am 1. Juni er. Meine Vollellisten hatte Vereinen unter Zusicherung Bedingung behält empfohlen. **Max Kliem.**

Müggelheim u. Hessenwinkel.

Abfahrt 10 Uhr morgens, Rückfahrt 8 Uhr abends.
Fahrpreis: für hin und zurück 1 Mk.
3 Am 2. Pfingstfesttag nach **Teupitz.**
Abfahrt 7 Uhr morgens, Rückfahrt für hin und zurück 2 Mk.
4 Am 1. Pfingstfesttag:
Grosse Frühpromenaden-Rundfahrt nach dem Müggelsee.
Abfahrt 5 1/2 Uhr morgens, Rückfahrt für hin und zurück 50 Pf.
5. Am 3. Pfingstfesttag nach **Neue Mühle und Woltersdorfer Schlenze.**
Abfahrt 2 Uhr nachmittags, Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.
Rückfahrt für hin und zurück 50 Pf.
Abfahrt von der **Stettiner Brücke 5.** zwischen **Städtischer** und **Doehammerdörfer Bade-Anstalt.**
Hermann Hertzog, Schleifschiff 5 **L. Kahnt, Stralau**

Nach langem, schweren Leiden ist am Sonntag, den 27. Mai, mein unvergesslicher Mann, der Bürger

Julius Dietrich
konst. entschlafen. - Um stille Teilnahme bittet die trauernde Witwe **Marie Dietrich.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dionysiusplatzes in Rieberschönhausen aus statt. (1302b)

Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme, welche mir bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, des **Kraus Paul Postör,** bewiesen wurden, sage ich hierdurch meinen verbindlichsten Dank. Die trauernde Witwe **Anna Postör.** (1299b)

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

V. Abänderung zum Statut. **Artikel I.**
Zu § 8 des Statuts werden im Absatz II zwischen den Wörtern „Beschäftigung und“ folgende Worte eingefügt:
„die Höhe des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes.“
§ 15 die Worte: „oder geschlechtliche Hinsichtungen“, fallen fort.
§ 28 des Statuts erhält folgende Fassung:
„Die Kassenbeiträge betragen 27 Proz. des im 10. feigelegten durchschnittlichen Tageslohns und zwar:
pro Woche pro Tag abgerundet zur Dreiteilung auf:
für Mitglied d. I. Kl. 65 Pf., 2. Kl. 45 „ 3. Kl. 35 „ 4. Kl. 24 „ 5. Kl. 18 „“
§ 62 erhält folgende Fassung:
„Alle die Kasse betreffenden Bekanntmachungen werden durch das „Vorwärts“, den „Schlotterdörfer“, die „Deutsche Volkswirtschaft“, den „Berliner Lokal-Anzeiger“ und den „Vorwärts“ veröffentlicht, außerdem werden die Kassenvertreter zu jeder Generalversammlung schriftlich eingeladen.“

Artikel II.

Diese Statutenänderungen treten mit dem Tage der Statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft. Berlin, den 22. März 1900. Der Vorstand:

Poppe, Kraushaar, Schriftführer.

Berlin, den 15. Mai 1900. Der Bezirks-Auditor: **Siber.**

C 152/3. 00. 152/300 zu C 3

zu 9209. Ges. II 22. (272/2)

Waldkater-Friedrichshagen

Den 2. Pfingstfesttag **Frei-Tanz und Frei-Konzert** des Musikvereins „Vorwärts“. Die Kaffeehalle ist von 2 Uhr an geöffnet.
Um gütigen Besuch bittet **Carl Frick.**
Wo ist der schönste Garten? In **Rixdorfs Vereinsbrauerei!**
Frei-Konzerte, Kaffeehalle, Kegelbahnen etc. **Martin Veradt, Gastwirt.**



Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

Werner's Schuh-Magazin

Blumenstrasse 2, Ecke Wallnertheaterstrasse.

Verkauf von einfachen und eleganten **Schuhwaren** zu sehr billigen, aber streng festen Preisen.
Aufmerksame und reelle Bedienung.

Aug. Theodor Werner.



Grösstes Geschäft

der
**Schönhauser- u. Prenzlauer-
Vorstadt**

für
**Herren- u. Knaben-
Garderoben.**

Vollständig neu umgebaut und ganz bedeutend vergrößert. Sämtliche Sachen nach Maß sowie für Lager werden in eignen Werkstätten angefertigt.
Die Preise sind sehr billig aber fest, ohne jeden Abzug. — Stoffe zur Rohanfertigung liegen in ganzen Stücken zur Ansicht.

**Hugo Opitz, Schneidermeister,
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schulthei Bräuerstr.**



Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 M., feinste
Zuthaten, saubere Arbeit, zwei
Anproben. (47089)

!!! Ohne Konkurrenz !!!

!!! Tadelloser Sitz !!!

Anzug - Reste, Paletot-
Reste spottbillig.

Montag - Dienstag

Restverkauf zu Knabenanzügen,
aussonst zugeschnitten.

Verkaufe billig, als Fabrikmuster-
kollektion der Tuchfabrikanten.

Ludwig Engel,

Hornbekleidung Münzstr. 26, part.

Chronische Leiden

jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, l. r.
9-3, 5-9, Sonntag 9-7. *
Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.

Grosse Berliner Centralküche.

Meinen werten Kunden zur Nachricht, dass der Betrieb
wegen baulicher Veränderungen und Verbesserungen vom
1. Juni bis 30. September er.
eingestellt wird.

Wiedereröffnung am 1. Oktober d. J.

Das Comptoir ist täglich von 7-12 und 2-7 geöffnet.
L. Höhnke.

Zähne 2 Mk. Reelle Garantie. Teilzahlg. Plombieren 1 Mk.
Zahnziehen völlig schmerzlos. Sprechstunden 8-8.
R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Markusstrasse.

Cigarren Billig!
Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer.
Reinsolmann & Co.,
Cigarrenfabrik, 47789
Berlin, Brandenburgstr. 44.
an der Oranienstrasse.
Preislisten von 20 M. pro Mille
aufwärts. 3/4 Preis, gratis u. fr.



Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden,
Frauen-Krantheit, heilt sicher
ohne Berufshörung. (39789)
R. Wagner, Invalidenstr. 151/1
(fr. Wallstraße 33.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Laabs
Elsasserstr. 39.
Behandl. aller Haut-, Horn-
und Blasenleiden
ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst. 9-2, 6-9.
Freitag und Sonntag nur 9-2.
Reichsverband für Grundsicherung.

Heilung
aller Haut-, Horn-, Blasen-
leiden ohne Berufshörung.
31jährige Erfahrung.
Harder senior, Elsasser-
Strasse 20.
Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonnt.
9-2. 28/10

Radler-Anzüge !!
von einer Lieferung zurück-
gegeben; Hälfte Kosten-
preis. **Ludwig Engel,**
Hornbekleid., Brunn-
straße 66. (47089)

**Gelegenheits-
käufe!**
Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge,
Jeder- und Arbeits-Hosen, Gardinen,
Portieren, Teppiche, Koffer, Opern-
gläser, Kessel, Revolver, Reizeuge,
Leuchtinge, Garnituren, Weigen,
Sitzern, Regulateure, Uhren, Ketten,
Ringe, Goldschalen uho.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Horn- und Blasenleiden ohne
legliche Berufshörung. 39789L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag feine
Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der
Reichsverbandkarte 10 Proz.

Schlackwurst 110 Pfg.
a Pfd. 85
Zehntens., prima hart 95
Bleiche-Schlack-
wurst, mager 65
Bei 5 Pfd. 60
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Speck, 65
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Prima harte 110 Pfg.
a Pfd. 85
Zehntens., prima hart 95
Bleiche-Schlack-
wurst, mager 65
Bei 5 Pfd. 60
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Horn- und Blasenleiden ohne
legliche Berufshörung. 39789L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag feine
Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der
Reichsverbandkarte 10 Proz.

Schlackwurst 110 Pfg.
a Pfd. 85
Zehntens., prima hart 95
Bleiche-Schlack-
wurst, mager 65
Bei 5 Pfd. 60
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Speck, 65
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Horn- und Blasenleiden ohne
legliche Berufshörung. 39789L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag feine
Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der
Reichsverbandkarte 10 Proz.

Schlackwurst 110 Pfg.
a Pfd. 85
Zehntens., prima hart 95
Bleiche-Schlack-
wurst, mager 65
Bei 5 Pfd. 60
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Speck, 65
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Horn- und Blasenleiden ohne
legliche Berufshörung. 39789L.
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag feine
Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der
Reichsverbandkarte 10 Proz.

Schlackwurst 110 Pfg.
a Pfd. 85
Zehntens., prima hart 95
Bleiche-Schlack-
wurst, mager 65
Bei 5 Pfd. 60
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Speck, 65
fett, 55
Landshinken, 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
II. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Maitrank

Eugen Neumann & Co. Amt IVa. 7130.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IVa. 7950. — Wilmersdorferstr. 25.
— Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29.
— Schönberg, Hauptstr. 129. — Grüner Weg 56. — Klaffenstr. 19.
— Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

**Schäumende
Liebe**

ist ein erfrischendes und der Gesundheit
förderliches Getränk.
→ Champagner ähnlich. ←
doch fast alkoholfrei.
Zu haben in unseren 46650
160 Niederlagen
Preis 30 Pf. exkl. Flasche.
Hermann Meyer & Co.
Berlin O., Fruchtstr. 74.
Versand nach auswärts nicht unter
30 Flaschen gegen Nachnahme.
Seltener Wasser
gr. Fl. 5 Pf. Limonade 10 Pf.

Frachtwage
1,00 M. u. 1,20 M.
Frachtwage
0,5 Pf.
Med. Ungarwein.
Wassermelone
von 1/2 Pf. an

Mephisto-Cigaretten sind unstreitig die besten!!

Gründruck 10 Stck. 20 Pf.
Kupferdruck 10 " 30 "
Silberdruck 10 " 40 "
Golddruck 10 " 50 "

(47812)

MAGGI

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

halte ich stets vorrätig. Diese vorzüglichen Produkte empfehlen
sich selbst. **E. Schultze, N., Schönhauser-Allee 122.**

Arbeits-Bekleidung
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur.
En gros - Detail. 4070L.
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Kommunales.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der heutigen Stadtvorordneten-Verammlung stehen u. a. folgende Punkte: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeindefunktionären und des Ausschusses für Petitionen — Bericht-erstattung über die Vorlage, betreffend den Erlass eines Ortsstatuts bezüglich der Anstellung der kommunal-beamten. — Beschl. über die Anträge von Mit-gliedern der Verammlung, betreffend eine Erhöhung der Alterszulagen der Gemeindefunktionäre und der wissenschaftlichen Lehrerinnen bezw. die Anstellung von drei Lehrern als Gemeindefunktionäre. — Vorlagen, betreffend die einstweilige Veranschlagung der für die Ausarbeitung der Projekte usw. der neuen Gasanstalt bei Tegel, sowie anderer Neubauten entstehenden Kosten — die Aufbringung der Mittel zur Herstellung der Entwässerungs-anlagen für die Hofjäger-Allee — die unentgeltliche Abtretung bezw. die Verleihung der zum Bau der Eisenbahn Nischenberg-Friedrichsfelde-Brücken erforderlichen Parzellen von den in der Feldmark Friedrichsfelde belegenen Wasserwerks-Ländereien — den Verkauf eines in der Feld-mark Kaulsdorf gelegenen Wasserwerks-Grundstücks an den könig-lichen Eisenbahn-Betrieb — die Anwendung der Erträge der Friedrich-Wilhelm- und der Jubiläum-Zufluchtstiftung für das Rechnungsjahr 1899 — anderweitige Regelung der Gehaltsverhältnisse der ordentlichen Lehrer an den städtischen höheren Mädchenschulen — die Errichtung eines Feuerwehrentmals — die Leistung eines Gewerker-zuschusses zu den Kosten des Baues und der Unterhaltung des Mittelland-Kanals. — die Feier des Milch-festes durch die Böglinge der Waisen-Erziehungsanstalt zu Rummelsburg. — die Weiterführung der Kaiser-Wilhelm-straße bis zur Lothringstraße — und die Beteiligung der Stadt Berlin an dem Kanalunternehmen Berlin-Stettin durch Uebernahme der Garantie für einen Teil der durch die Kanalabgaben nicht gedeckten Betriebs- und Unterhaltungskosten des Kanals, sowie der zur Verzinsung und Tilgung des auf-gewendeten Baukapitals erforderlichen Beträge. — Die Wahl der Vertrauensmänner für den neuzubildenden Ausschuss zwecks Aus-wahl der Schöffen und Geschworenen zc. für das Jahr 1900.

Das Plenum der städtischen Deputation hat jetzt unter dem Vorsitz des Stadtrats Beschl. beschlossen, behufs Verbreite-rung der Alten Jakobstraße zwischen Oranien- und Stallschreiberstraße neue Bauabschnitte festzusetzen, so daß die Straße darauf eine Breite von 16 Meter erhält und der Einpaß beseitigt wird. — Zwischen der Strom- und der Levetowstraße soll eine Uferstraße mit Ladestellen von 30 Meter Breite hergestellt, sowie die Befestigung von Bauabschnitten auf dem Vorhäger Grundstück für eine neue Straße herbeigeführt werden. — Die Einheitsstufe der nach dem Ortsstatut vom 7. und 19. März 1877 von den Verpflichteten für Pflasterung und Unterhaltung neuer Straßen zu erscheidenden resp. zu tragenden Kosten sind nach Beschluß der städtischen Tiefbau-Deputation für das Jahr 1900, unter Beibehaltung von 20 Pf. zur Unterhaltung für Nebenstraßen von 13,50 M. auf 14 M. und für Hauptstraßen von 14,50 M. auf 15 M. erhöht worden. — Die seit einigen Jahren in Berlin übliche geschmackvolle Bemalung der Giebelwände zu Kellern, zwecks auch auf die Färbung der Abbruchschutt des städtischen Marktaufbaus und der wasserseitigen Grundstücke der Wallstraße Anwendung finden. Die Tiefbau-Deputation hat daher beschl. die betreffenden Angebote von Unternehmern der Grundeigentum-Deputation zur Er-ledigung zu überweisen.

Herr Stadtrat Dr. Münsterberg hat die kürzlich von uns gemeldete Aufforderung, ein Preiskriterium bei der Pariser Ausstellung zu übernehmen, mit Rücksicht auf seine anderweitigen Amtsgeschäfte abgelehnt. Doch wird er sich voraussichtlich im Juli nach Paris begeben, um als Delegierter des Berliner Magistrats an den dort stattfindenden internationalen Wohlfahrts-kongressen teilzunehmen.

Die städtische Kanalisations-Deputation hat gestern beschl., die gesamten Bahnhofsanlagen Stralau-Treptow an die Berliner Kanalisation anzuschließen.

Lokales.

Die Religion

Soll dem Volke erhalten werden und zu diesem Zweck plant man, wenn auch ohne den gewünschten Erfolg, die armen Kinder in den Gemeindefunktionären unangelegentlich mit dem Erlernen von Bibel-sprüchen und geistlichen Gesangbüchern, sowie mit mindestens einem halben Duzend wöchentlichen Religionsstunden. In den höheren und mittleren Schulen wird kein so großer Konsum religiöser Gegenstände für nötig gehalten, dort sind zwei Religionsstunden in der Woche schon völlig ausreichend. Jetzt hat man in einem feldernen vom Kulturforschritt durchdrungenen Moment in der städtischen Schulverwaltung sogar den verständigen Gedanken erwogen, ob nicht wenigstens für die höheren und mittleren Schulen der Religions-Unterricht völlig zu beseitigen sei. Es wird nämlich mitgeteilt:

Zur Beratung über die Neuordnung des höheren und mittleren Schulwesens in Berlin ist, wie gemeldet, von den städtischen Behörden eine gemischte Deputation eingesetzt worden. Eine Hauptrolle spielt in dieser vom Stadtvorordneten-Dinse angeregten Angelegenheit das Bestreben, den Religions-Unterricht in den Schulen umzugestalten bezw. wie dies bereits in Frankreich geschehen ist, gänzlich abzuschaffen. Für die französischen Primär-Schulen wurde bekanntlich (am 30. Oktober 1888) ein Gesetz erlassen, welches den Einfluß des Alters auf diese Elementarschulen (écoles primaires) beseitigte, die dem geistlichen Stande angehörenden Lehrer durch weltliche ersetzte und den Religionsunterricht ganz abschaffte. An die Stelle des letzteren trat der sogenannte Moral-Unterricht (instruction morale). Da in Frankreich (seit 1882) der Schulzwang besteht, so werden jährlich ca. 6 Mill. Kinder an den durch öffentliche Mittel unterhaltenen Volksschulen (deren Zahl ca. 81 000 beträgt) ohne eigentlichen Religionsunterricht erzogen, bezw. sind diejenigen unter ihnen, deren Eltern die Mittel dazu haben, auf häuslichem Unterrichts angewiesen. Der Moralunterricht, eine allgemeine Sittenlehre, soll so eingerichtet sein, daß er allen Religions-bekenntnissen gleichmäßig gerecht wird; seine Einführung erleichterte der Umstand, daß die Bevölkerung zu ihrem überwiegenden Teil ein und derselben Religion angehört (98 Proz. derselben sind Katholiken). Um sich nun über die einschlägigen Verhältnisse genauer zu informieren und der diesigen Schuldeputation darüber Bericht erstatten zu können, soll, wie wir hören, der städtische Schulinspektor Dr. von Gizycki-Pankow mit den auf Kosten der Stadtgemeinde nach Paris zu entsendenden Beamten, Technikern, Lehrern zc. sich dorthin begeben. Dr. von Gizycki, der den Ruf eines ausgezeichneten philosophischen Schriftstellers genießt, wird sich zunächst mit dem französischen Unterrichtsminister in Verbindung setzen.

Dieser Gedanke wird selbstverständlich ein schöner Traum bleiben, und doch Unannehmlichkeiten der konfessionellen und im den Einfluß ihrer Interessenten dangehenden päpstlichen Presse ist daher ein recht unnötiges Vergnügen. Bald genug wird der ja ans Duden gewöhnten Schulverwaltung von der Regierung hier gemacht werden, daß sie schon um des Scheins willen selbst in den höheren Schulen, geschweige denn in der Volksschule, von einer Erziehung des Religionsunterrichts durch den eiblich ungleich höher zu bewertenden Moralunterricht nichts wissen will. Es gehört ja

zur preussischen Regierungsweltlichkeit, die Religion um so krampfhafter in der Schule zu pflanzen, je mehr sie im Leben des Volks an Bedeutung und Einfluß verliert.

Ein Innungsmeister als gerichtlicher Sachverständiger. In einem Prozeß zwischen einem Wöbelgeschäft und dessen Kunden ist der vor einigen Tagen in der Wahl durchgefallene Obermeister Kreis von der Tapezierer-Innung als Sachverständiger über die Angemessenheit der Preise zur Abgabe eines gerichtlichen Gutachtens aufgefordert worden. In diesem „Gutachten“, datiert vom 11. Mai 1900, befindet sich ein Passus, in welchem der ganze Ingrimm des Herrn „Sachverständigen“ gegen die organisierten Tapeziererhilfen zum Ausdruck kommt. Es heißt dort:

Im allgemeinen ist die Klage des Publikums resp. der Kundenschaft gerechtfertigt, daß Preise und Arbeiten nicht im Einklang stehen; es liegt dies durchweg an den Arbeitnehmern, welche bei hohem Lohn demütigt sind, nicht zu viel zu leisten, und ist es kaum möglich, wirksam dagegen anzukämpfen. Dieses Resultat verfiere ich wahrheitsgemäß, dessen Richtigkeit ist auf den ein für allemal von mir geleisteten Sachverständigen-Gib.

Es muß den Wert eines gerichtlichen Gutachtens imgemein erhöhen, wenn der zur Abgabe desselben berufene Mann die Arbeiter darin als faule Subjekte demütigt, denen das Publikum die von den Unternehmern geforderten hohen Preise zu danken habe. Jammer schade, daß die Innung die Verdienste des Herrn Kreis so arg verkannt und den Traven nicht wieder zum Obermeister gewählt hat.

In der Taktik der preussischen Heuschrecken, die Arme als Schule der Zucht und Sitte hinzustellen, paßt vorzüglich eine Mitteilung, die wir im „Berl. Tagebl.“ finden: Die Marschlieder unserer Soldaten sind zum großen Teil nichts weniger als decent. Werden sie auf der einsamen Landstraße geungen, so wird kein Mensch daran Anstoß nehmen, denn jeder weiß, wie sehr ein stotter Lied das Marschieren erleichtert, und man läßt es passieren, wenn der Text sich auch nicht innerhalb der durch die lex Heinze gezogenen Grenzen hält. Umso mehr aber ist es zu verurteilen, wenn derartige Lieder in der unmittelbaren Nähe bewohnter Häuser und in belebten Straßen gesungen werden. In der Berlinerstraße in Charlottenburg hört man jetzt, wie uns von dort geschrieben wird, fast an jedem Vormittag von den von der Feld-dienstführung oder vom Säugplag zurückkehrenden Soldaten der Berliner Garnison Lieder singen, die dem durch die erwähnte lex berührt gewordenen Abg. Körn die Haare zu Berge sträuben würden. In der Bürgerstraße Charlottenburgs macht sich darüber eine starke Erregung bemerkbar, die um so berechtigter erscheint, als die singenden Soldaten-Abteilungen meist zur Zeit des Schuljahres die Berlinerstraße passieren. Den Soldaten des in Charlottenburg garnisonierenden Königin Elisabeth-Regiments ist das Singen innerhalb der Stadt aufs strengste verboten, und auch für die Soldaten der Berliner Garnison ist meines Wissens vor wenigen Jahren ein Kommandanturbefehl ergangen, indem ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Singen innerhalb der Berliner Vorortgemeinden nicht gestattet sei. Es wäre zu wünschen, daß das Verbot, das anscheinend in Vergessenheit geraten ist, den Truppenführern der Berliner Garnison wieder in die Erinnerung gerufen würde.

Massenklagen gegen Gastwirte beschäftigen angeblich die hiesigen Gerichte. Mägen ist die Konkursverwaltung des gastwirtschaftlichen Spar- und Kreditvereins, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung. Die Klage-Auträge stützen sich auf Lutherscheife, die sich der im Jahre 1884 verstorbenen Restorateur Meyer, sowie der seit 2 Jahren fähig gewordene Restaurateur Busse als Vorsitzende des klagenden Vereins zu Schulden kommen ließen. Die Klage des Busse erregte damals in Gastwirtskreisen ungeheures Aufsehen, da sie den Zusammenbruch des Spar- und Kreditvereins, der ursprünglich unter dem Namen „Deutscher Kellnerbund“ gegründet war, nach sich zog. Meyer und Busse haben sich ganz beträchtlich an dem Genossenschafts-Vermögen vergriffen und dann unrichtige Bilanzen aufgestellt, teils, um ihre Unterschlagungen zu verdecken, teils, um neue Mitglieder zu locken. Die Jahres-abschlüsse wiesen stets erhebliche Ueberschüsse auf, obgleich große Unterbilanzen vorhanden waren. Um den Generalversammlungen den vermeintlich günstigen Stand der Kasse plausibel zu machen und Deckcharge zu erhalten, wurde ein gewisser Dalling als angeblich gerichtlicher Bücherrevisor vorgeschoben, nach dessen Beglaubigung der Geschäftsbücher dann stets Entlastung erfolgte. Entsprechend den fingierten Ueberschüssen kamen dann Dividenden an die Spärer zur Verteilung, deren Rückzahlung jetzt im Klageweg erstritten wird. Hier von werden selbst ehemalige Spärer betroffen, die seit mehr als 10 Jahren der Genossenschaft gar nicht mehr angehört. Viele Witte lassen es gar nicht auf eine Klage ankommen, sondern erstatten einfach die beanstandete Dividende an die Konkurs-masse zurück, da das Gericht meistens dem Klageantrag beitrifft. Andere Schuldner, namentlich unverbetrate, die Berlin den Klagen lehrten, sind nicht aufzufinden. Der fähig gewordene Busse soll sich übrigens in Berlin versteckt halten, ohne daß es bisher der Polizei gelungen ist, seiner habhaft zu werden.

Wird ein Diebstahl unter Auflage gestellt, so macht es einen höchst gemüthlichen Eindruck, wenn eines schönen Morgens ein Schumann sich in seiner Wohnung einfindet, um im Auftrage der Justizbehörde nachzuforschen, ob der Staatsdiebverder auch im Hause sei, die Kosten des gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens zu tragen. Der Gemüth eines solchen Schauspielers bleibt wenigstens in Berlin einem Redakteur hinfür verlag. Der Justizminister hat nämlich durch eine allgemeine Verfügung vom 19. d. Mts. angeordnet, daß in Zukunft bei Feststellung der Fähigkeit des Angeklagten zur Kostenzahlung die Behörde um eine Auskunft zu ersuchen ist, der die Anstellung von Krutis-zeugnissen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zusteht. Es sind dies in den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die Gemeinde-behöden, im übrigen in den sogenannten alten Provinzen und in Schleswig-Holstein die Ortspolizeibehörden, in Hannover die Land-räte und in der Rheinprovinz und in Hessen-Kassau überall die Bürgermeister. In Berlin hat in Zukunft die Armen-verwaltung des Magistrats über die Vermögensverhältnisse der Angeklagten Auskunft zu erteilen.

In der Medenwaldischen Mordsache glaubt die Polizei eine neue Spur gefunden zu haben. Sie vermutet nämlich, in einem am 17. d. M. verhafteten Arbeiter Reumann den Mörder. Er soll, wie sich jetzt herausgestellt hat, zehn bis zwölf Einbrüche bei alleinstehenden Damen verübt haben. Die Diebstähle fielen nach Angabe des Reumann stets in die Zeit von 1/10 bis 1 Uhr (am Tage), also in dieselben Stunden, die allein für die Mordthat in Frage kommen. Es soll ferner feststehen, daß R. in der Gegend der Stromstraße mehrere Einbrüche verübt hat, und zwar einige Tage vor dem Mord. In seiner Wohnung ist angeblich eine Liste von Lehrerinnen gefunden worden, die er in den nächsten Tagen noch „besuchen“ wollte. Bei dieser Hausdurchsuchung wurden aber noch zwei Münze und ein Portemonnaie gefunden, welche durch eine Freundin der Ermordeten als Eigentum des Fräulein Medenwaldt rekonstruiert worden sind. Von Wichtigkeit ist ferner, daß ihm nachgewiesen werden konnte, am Tage des Mordes um 1/10 Uhr im Nordhafen gewesen zu sein. Er hat am genannten Tage in dem Hause Wredowstr. 25, das denselben Hof mit dem Hause Winklerstr. 42 hat, gestiegen und dort herumgesehen,

ob er mit Nähmaschinen ein Geschäft machen könne, entweder alte aufkaufen oder neue und alte Maschinen vertreiben. Man nimmt an, daß er auf diese Weise zunächst in das Haus und dann in die Wohnung des Fräulein Medenwaldt gelangt ist. So die im-kontrollierbare Rettungsmeldung, gegen die innerlich Mißtrauen an-gebracht ist. Reumann leugnet jede Schuld.

Eine Korrespondenz meldet über den verhafteten Reumann noch, daß dieser von Berni Schlosser ist und schon mehrfach wegen Einbruchs im Zuchthaus gefangen hat. Weiter erzählt die Korrespondenz sich in folgenden Mitteilungen: Fräulein Medenwaldt war schwerhörig, fast taub. Sie hörte das Klingeln oft nicht, wenn es nicht besonders stark war. Man nimmt nun an, daß sie es auch überhörte, als Reumann bei ihr klingelte, um in seiner gewohnten Weise einzubrechen und zu ihr zu kommen, während er die Verhältnisse durchsuchte, von Fräulein Medenwaldt, die sich zunächst in dem kleineren, einseitigen Zimmer hinter dem großen zweiflügeligen aufhielt, überrascht. Da Reumann sehr viel auf dem Herdholz hatte und einer langjährigen Zuchthausstrafe entgegenzusehen mußte, so trug er kein Bedenken, die Vertreterin aus dem Wege zu räumen. Er saß so lange auf sie ein, bis sie sich nicht mehr rührte. Sein Opfer verblutete sich dann langsam, während er die Beute zusammentruffte und entkam. Alles, was bei Reumann in seiner Schlafstube und bei seinem Koffer an Kleidungsstücken u. i. w. vorgefunden wurde, ist dem Gerichtschreiber Dr. Jeserich übergeben worden. Dieser soll die Sachen daraufhin untersuchen, ob sie Winkler oder Reste von solchen enthalten, die beim Auswaschen zurückgelassen sein könnten.

Auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg haben diejenigen 26 Ortsgemeinden, die den Deutschen Tierchutzverein mit dem Hundesteuer beauftragt haben, gleichlautende Verträge geschlossen. Für diese ist der zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und dem Tierchutzverein bestehende Vertrag zu Grunde gelegt mit Änderungen, die durch die örtlichen Verhältnisse bedingt sind.

Einstellung des Telefonbetriebes. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde der Telefonbetrieb in Berlin „wegen Gewitter-neigung“ eingestellt.

Der Polizeipräsident giebt bekannt: Indem ich auf die Heilgehilfen-Ordnung für die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg vom 27. Juli 1899 verweise, mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß diejenigen Personen, welche in Berlin die Prüfung bestanden haben, ihre Prüfungszeugnisse sogleich nach Empfang dem löblich Bezirkspolizeihauptmann Sanitätsrat Dr. Grauer, Wallstr. 34, persönlich vorzulegen haben und daß sie verpflichtet sind, jeden Wohnungsverwechsel und auch das Aufgeben ihres Berufs demselben Herrn mündlich und schriftlich anzuzeigen. Noch wird bemerkt, daß die Heilgehilfen-Ordnung bei R. Schöb, Luisenstr. 36, für 10 Pf. zu haben ist.

Aus Anlaß der an den beiden Pfingstfesttagen stattfindenden Frühkonzerte beabsichtigt die Verwaltung der Großen Berliner Stadtbahn am Sonntag den 3. und Montag den 4. Juni einen besonderen Fahrplan für einen Frühverkehr einzurichten. Dieser Plan wird morgen zur Begutachtung und Genehmigung der städtischen Verkehrsdeputation und der Polizei eingereicht werden. Es sollen auf den für die Frühkonzerte hauptsächlich in Betracht kommenden Linien, und zwar Hasenheide-Müllerstraße, Hasenheide-Schönhagen Allee, Gesundbrunnen-Kreuzberg, Grütiger Bahnhof-Savignypfad, Weiß-Seestraße, Rastliner Platz-Umlandstraße und Ringbahn von 5 Uhr morgens an Wagen in Abständen in 8 bis 10 Minuten, für die Linien mit elektrischem Betrieb mit Anhänger-verkehr folgen.

Beim Abbruch eines Schornsteins verunglückt ist gestern nachmittags um 4 1/2 Uhr der Schornsteinfegermeister Hubenthal aus der Remmestraße 92 zu Charlottenburg. Auf dem Grundstück Kirchstraße 17 wurde ein zwei Stock hoher Schornstein in der Weise abgetragen, daß Hubenthal sich an dem Giebel des höheren Nebenhauses an einem Seil herabließ und an diesem schwebend die Arbeit aus-führte. Die Polizei warnte ihn und gab ihm auf, ein Handgegerist anzubringen. Hubenthal aber arbeitete so weiter, bis um 4 1/2 Uhr das Seil riß und er in die Tiefe stürzte. Mit einem Schädelbruch und inneren Verletzungen wurde er benutzlos nach dem Kranen-haus gebracht.

Eine Unbedenklichkeit beschäftigt angeblich die Behörden. In der Ritterstr. 20 wohnt eine Witwe Holom mit einer sieben-jährigen Tochter Margarethe. Ihr Mann, der vor zwei Jahren starb, war früher Hausbesitzer in Hagenow. Er brachte in seine zweite Ehe aus der ersten einen Sohn mit, der jetzt in Hamm in Westfalen lebt. Bei seinem Tode vermachte er ein bedeutendes Vermögen der kleinen Tochter aus der zweiten Ehe. Das Mädchen besuchte die 22. Gemeindefunktionäre in der Brandenburgstr. 78/79. Als die Kleine gestern mittag nach Schluß des Unterrichts die Schule verließ, wurde sie von einem Mann in Empfang genommen. Dieser brachte sie trotz ihres lebhaften Sträubens und lauten Schreies in eine Drohsche, die er auf der Straße bereit hielt, und fuhr mit ihr davon. Ihr Schreien und Weinen machte zwar die übrigen Kinder und die Strafengänger auf den Vorgang aufmerksam, es kümmerte sich aber niemand darum, da man den Zusammenhang nicht kannte. An-schließend ist der Einführer der Stiefbruder aus Hamm.

Als Brandstifter verhaftet wurde in vorletzter Nacht der 21-jährige unverheiratete Säuhmacher Rudolf Lange, der Brandenburgstr. 20 eine Beschaftigung eingerichtet hat. Er galt bisher als benützte, da er unter Aufsicht seines Vaters und eines Bruders gegen 20 derartige Geschäfte in Berlin ver-waltete. Dienstagabend sah er mehrere Stunden in der in demselben Hause befindlichen Restauration beim Starckenpiel und entfernte sich kurz vor 11 Uhr. Noch etwa zehn Minuten kehrte er zurück und veranlaßte unter den wenigen Gästen noch eine Würfelpartie. Kaum hatte diese begonnen, als sich in der Gast-stube, die unmittelbar an die Schusterwerkstelle grenzt, ein starker Rauch sowie Petroleumgeruch bemerkbar machte. Der Rauch drang durch ein Lustloch, das von der Gaststube nach der hinter der Schusterwerkstatt liegenden Schlafkammer des Lange führt. Während nun schleunigst die Feuerwehre herbeigerufen wurde, stürzten andre Personen nach der Brandstelle, die in der Schlafkammer des Lange lag. Die starke Verqualmung verhinderte jedoch ein Vor-beingen, bis die mittlerweile erschienene Feuerwehre den Brand in kurzer Zeit ablöschte. Da unzufolge festgestellt werden konnte, daß Betten und Möbel stark mit Petroleum besoffen waren, so wurde der Geschäftsinhaber vom Plake weg verhaftet. Nach einer Verston soll der Verhaftete zeitweilig an geistigem Defekt leiden.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern vormittag die 14-jährige Elise Weichmann aus der Händelstr. 56. Sie geriet in einer Waghinderei in der Landbergerstr. 109 mit der rechten Hand in eine Pflanzwalze, die ihr vom Gelenk bis zu den Finger-spitzen Haut und Fleisch von der Hand herunterriß, selbst die Sehnen und Arterien wurden bloßgelegt und zum Teil ebenfalls beschädigt. Der Arbeitgeber brachte die Verunglückte mit einer Drohsche in ein Krankenhaus.

Im Hause verunglückt und ertrunken ist der am 10. d. M. von Berlin nach Spandau übergestellte 41-jährige Rechtsanwalts-Beratergehilfe Siebenich. Er hatte etwas viel getrunken und nahm auf der Mücke in seine Wohnung den Weg am Volksweg entlang, wobei er an der Säule kopflos in die Dabel stürzte. Obgleich er von einigen dort vor Anker liegenden Schiffen sofort herausgeholt wurde, war er bereits eine Leiche. Die angestellten Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Aus dem D-Juge heraus verhaftet wurde am Pfingstmontag des Berliner Polizeipräsidenten auf Bahnhof Sauerndamm eine

